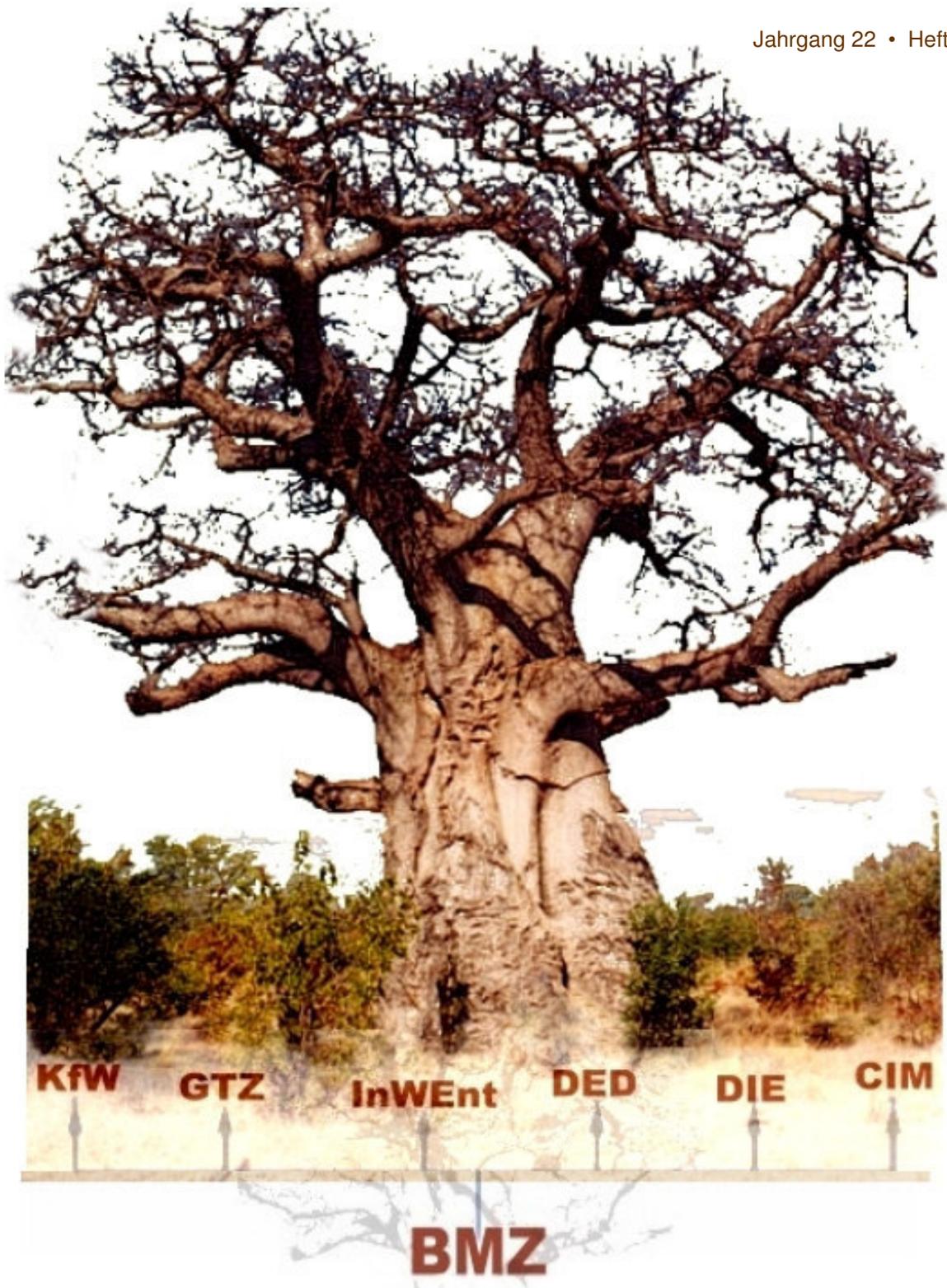


Afrika-Asien-Rundbrief

Zeitschrift
des Arbeitskreises Afrikanisch-Asiatischer
Akademikerinnen und Akademiker



Jahrgang 22 • Heft 1 • 2007



Brennpunkte: Reintegration durch Arbeit in Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Existenzgründungsprojekte über Public Private Partnership

INHALT

Editorial	2
------------------	---

Brennpunkt I Teil 1

Reintegration durch Arbeit in Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit – Arbeitsmöglichkeiten für afrikanische und asiatische Rückkehrerinnen und Rückkehrer

Markus Hirschmann

Vorstellung des Deutschen Entwicklungsdienstes: Struktur – Schwerpunkte – Arbeit in den Partnerländern	3
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	---

Prof. Dr. Hans Melizcek

Die Arbeit der NGOs am Beispiel der Philippinen	9
-------------------------------------------------	---

Rückkehr und Berufseinstieg

Programm Rückkehrende Fachkräfte	15
-----------------------------------------	----

Brennpunkt I Teil 2

Sigrid Pessel, Dipl. Ing.

Infrastrukturprobleme in Sansibar Stadt, Tansania – Lösungsansätze der Entwicklungszusammenarbeit – Ein Erfahrungsbericht	23
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Brennpunkt II

Existenzgründungsprojekte über "Public Private Partnership"-Programme (PPP) der Bundes- regierung (BMZ und GTZ) – Neue Bereiche der beruflichen Reintegration afrikanischer und asiatischer Hochschulabsolventen/-innen im Heimatland

Dr. Sushila Gosalia

Einführung in die Thematik – Was ist PPP?	27
-------------------------------------------	----

Muhammad Jahangir

Public Private Partnership for Poverty Alleviation in Bangladesh	29
------------------------------------------------------------------	----

Impressum (Umschlag Rückseite)

Editorial

Dieser Afrika-Asien-Rundbrief hat zwei Themen- Schwerpunkte:

"Reintegration durch Arbeit in Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit"

und:

"Public Private Partnership"

Wir legen hier, mit unseren Beispielen, die Schwerpunkte auf *bilaterale Zusammenarbeit* einerseits, d. h. die Zusammenarbeit, die aufgrund einer Regierungsvereinbarung zwischen der Regierung eines sog. Entwicklungslandes und der Bundesregierung (insbes. mit dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ) zustande kommt. Andererseits stellen wir auch Möglichkeiten der Arbeit in *Nicht-Regierungsorganisationen* (NRO, bzw. NGOs) vor. *Multinationale Entwicklungszusammenarbeit* – was bedeutet, dass mehrere Staaten gemeinsam mit einem Entwicklungsland koordinierte Projekte durchführen – wird in dieser Ausgabe nur gestreift, obschon sich in Kooperationsformen dieser Art auch Arbeitsmöglichkeiten für Rückkehrer/-innen ergeben. Dieser Schwerpunkt soll in einer späteren Ausgabe unseres Rundbriefes vorgestellt werden.

Auch in dem Modell "Public Private Partnership" ergeben sich Arbeitsmöglichkeiten für zurückgekehrte Akademiker/-innen. Bereits im Afrika-Asien-Rundbrief Jg. 18, H.1, 2003 hatten wir uns mit PPP als Instrument der Rückkehrförderung am Beispiel einer Maßnahme in Äthiopien befasst.

Es sind immer Beispiele regionaler Art zu dem jeweiligen Thema, die in den Rundbriefen abgehandelt werden. Dies ist dadurch bedingt, dass zu jedem der die Rückkehr vorbereitenden Seminare für Studierende aus Afrikanischen und Asiatischen Ländern jeweils ein fachlich kompetenter und berufserfahrener Mensch als Rückkehrer/-in über die Arbeit und Reintegration zu Hause berichtet. Aus dieser lokalen Erfahrung heraus können Rückschlüsse auf die Situation im eigenen Land, Vergleiche mit den Arbeitsmöglichkeiten von einheimischen und rückkehrenden Fachkräften, Vergleiche zwischen dem eigenen Heimatland und dem Land des Berichterstatters gezogen werden. Es können auch Berufsperspektiven veranschaulicht werden, an die von den Teilnehmern bisher nicht gedacht worden ist.

Diese Rückkehrer-Erfahrung aus eigener Sicht zu vermitteln, mit Blick auf die zukünftige berufliche Integration und Reintegration in das heimatische soziale Gefüge der Seminarteilnehmerinnen und Teilnehmer, ist einmalig in Deutschland.

Die Interessenten an den Rückkehrerseminaren des Arbeitskreises Afrikanischer und Asiatischer Akademikerinnen und Akademiker können nur ein einziges Mal teilnehmen. So sei hingewiesen auf die Zeitschrift "Afrika-Asien-Rundbrief", die ausführlich und breit gefächert über die Referate und Diskussionen der Seminare, mit ihren vielfältigen thematischen Schwerpunkten, berichtet. Diese können Sie, Dank WUS, kostenlos beziehen.

"Mit der Reintegrationsförderung verfolgt das BMZ den Ansatz, freiwillig rückkehrende Fachkräfte aus Entwicklungsländern in entwicklungspolitisch relevante Aufgaben in ihren Heimatländern zu vermitteln. Wichtiges Ziel der Programme ist, das *Know-how*, das die Fachkräfte in Deutschland erworben haben, für die *wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Heimatländer* zu nutzen". (BMZ Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007:71).

"In vielen Entwicklungsländern herrscht eklatanter Mangel an Fachkräften im Bereich öffentlicher Dienstleistungen". (Hauschild, Tobias, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*. 9/2007:326).

Dieses Heft von E+Z hat den Schwerpunkt: *Hochschulen und Brain-drain* und ist zur Lektüre empfohlen, besonders in der heutigen Zeit, wo mit Überlegungen der Europäischen Kommission das Tor wieder aufgestoßen werden soll für *mehr Zuwanderung von Fachkräften* aus dem außereuropäischen Raum. Aus eigennützigen Gründen kippt die bisher aufrecht erhaltene Argumentation der Abschottung dahingehend, dass demnächst eine EU-Blue-Card als Türöffner dienen soll. "Brain-drain", "Brain-gain" – der neueste Slogan ist "Brain-Circulation". Damit wird angespielt auf neue Formen des Wissenstransfers in einer globalisierten, flexiblen Hochschul- und Forschungskoooperation ohne Scheuklappen der Sicht und ohne Einbahnstraße im Wegenetz.

Die Redaktion

Vorstellung des Deutschen Entwicklungsdienstes: Struktur – Schwerpunkte – Arbeit in den Partnerländern

Der Referent hat als Diplom-Forstingenieur in Gambia auf dem Gebiet des Ressourcenschutzes gearbeitet. Seit 2003 ist er Leiter der regionalen Bildungsstelle des DED in Göttingen. Der Tätigkeitsbereich umfasst neben Niedersachsen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Nordhessen. Unter anderem referiert er in diesen Regionen auf Informationsveranstaltungen über verschiedene Themen sowie Erfahrungen, die Entwicklungshelfer in den jeweiligen Gastländern selbst gemacht haben und in die deutsche Gesellschaft tragen wollen.

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird außer von Göttingen aus auch von den regionalen Bildungsstellen des DED in Düsseldorf, Weimar und Reutlingen betrieben.

Seit 2001 hat der DED seinen zentralen Sitz in Bonn. In dieser Stadt hatte man nach dem Wechsel des deutschen Regierungssitzes von Bonn nach Berlin alle Entwicklungshilfeorganisationen zusammengezogen.

1 Kurzprofil des DED

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist einer der führenden europäischen Personalentsendendienste. Er wurde 1963 gegründet. Seither haben sich über 15.000 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer dafür eingesetzt, die Lebensbedingungen von Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu verbessern. Gegenwärtig sind rund 1.000 Fachkräfte in über 40 Ländern tätig.

Der DED unterhält keine eigenen Projekte. Er bietet den Partnerorganisationen seine Zusammenarbeit dann an, wenn es im Partnerland an qualifizierten Fachkräften mangelt oder wenn Entwicklungsvorhaben aus eigener Kraft nicht geleistet werden können. Auf Anfrage aus dem Ausland versucht der DED, das entsprechende Personal zu finden. Zunächst wird dabei in Deutschland recherchiert, dann in Europa bzw. weltweit. Die Bewerbungen werden nach Bonn geschickt, anschließend werden sie im Gastland dem DED-Partner vorgelegt, dieser hat schließlich auch eine gewichtige Entscheidungsbefugnis bei der Personalauswahl. Die Kooperation im jeweiligen Entwicklungsland erfolgt mit NGOs der Zivilgesellschaft, z.B. Selbsthilfegruppen oder dörflichen Ausbildungszentren.

Bei vielen Vorhaben arbeitet der DED mit anderen Entwicklungsorganisationen zusammen, so z.B. mit der GTZ (Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit mbH), der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) oder aber auch der Deutschen Welthungerhilfe. Eine Zusammenarbeit findet auch mit multilateralen Institutionen statt, wie UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund / Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen), UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees / Amt des "Hohen Flüchtlingskommissars

der Vereinten Nationen"), Weltbank, UNDP (United Nations Development Programme / Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) und der Europäischen Union.

Fachpersonal wird vom DED nur in solche Länder entsandt, mit denen ein Rahmenabkommen besteht. Die Experten gehen dabei stets als Freiwillige in das jeweilige Projekt. Die Entsendung von Personal erfolgt zudem nur in bestimmten Schwerpunktbereichen.

Schwerpunkte der Arbeit des DED:

- ▶ Armutsbekämpfung durch verbesserte Bildung und Ausbildung der Menschen
- ▶ Demokratieförderung in Staat und Gesellschaft durch die Stärkung demokratischer Strukturen, insbesondere kommunaler Selbstverwaltung und Förderung der Zivilgesellschaft
- ▶ Ländliche Entwicklung, Management natürlicher Ressourcen, Beratung der ländlichen Bevölkerung
- ▶ Eine wichtige Zielsetzung ist z.B. die Besänftigung von Nutzungskonflikten (Beispiel: der Staat hat einigen Gemeinden die Waldnutzung entzogen. Da diese nun keine Nutzungsrechte für den Wald haben, erfolgt illegaler Holzeinschlag. Hier gilt es, den Konflikt zu entschärfen.)
- ▶ Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung durch Unterstützung von Mittel- und Kleinunternehmen

Größter Themenschwerpunkt im Rahmen der Bildungsarbeit:

- ▶ Umwelt und Ländliche Entwicklung. Hierzu zählen Ernährungssicherung, Ressourcenschutz, Wasser und Abwasser, erneuerbare Energien, Agrarreformen.

Weitere Schwerpunkte:

- ▶ Schaffung von Einkommen:
Fairer Handel (In Bolivien wird die Erschließung neuer Marktfelder verfolgt, so z.B. der ökologische Anbau von Kaffee bzw. Kakao. Diese Produkte lassen sich im Fairen Handel zu besseren Konditionen für die Kleinbauern verkaufen.)
Auswirkungen der Globalisierung, Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.
- ▶ Stärkung der Frauen:
Frauenprojekte zur Überwindung von Armut, die Rolle der Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft
- ▶ Gesellschaftliche Teilhabe von Armen:
Stärkung der Zivilgesellschaft, Menschenrechte verwirklichen, kommunale Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung
- ▶ Konfliktbearbeitung und Friedensförderung:
Möglichkeiten der zivilen Friedenssicherung, (z.B. Fußballspiele der Konfliktparteien)
Konflikte friedlich austragen, Vermittlung und Versöhnung
- ▶ Sonderprogramme, so z.B. für Afghanistan.

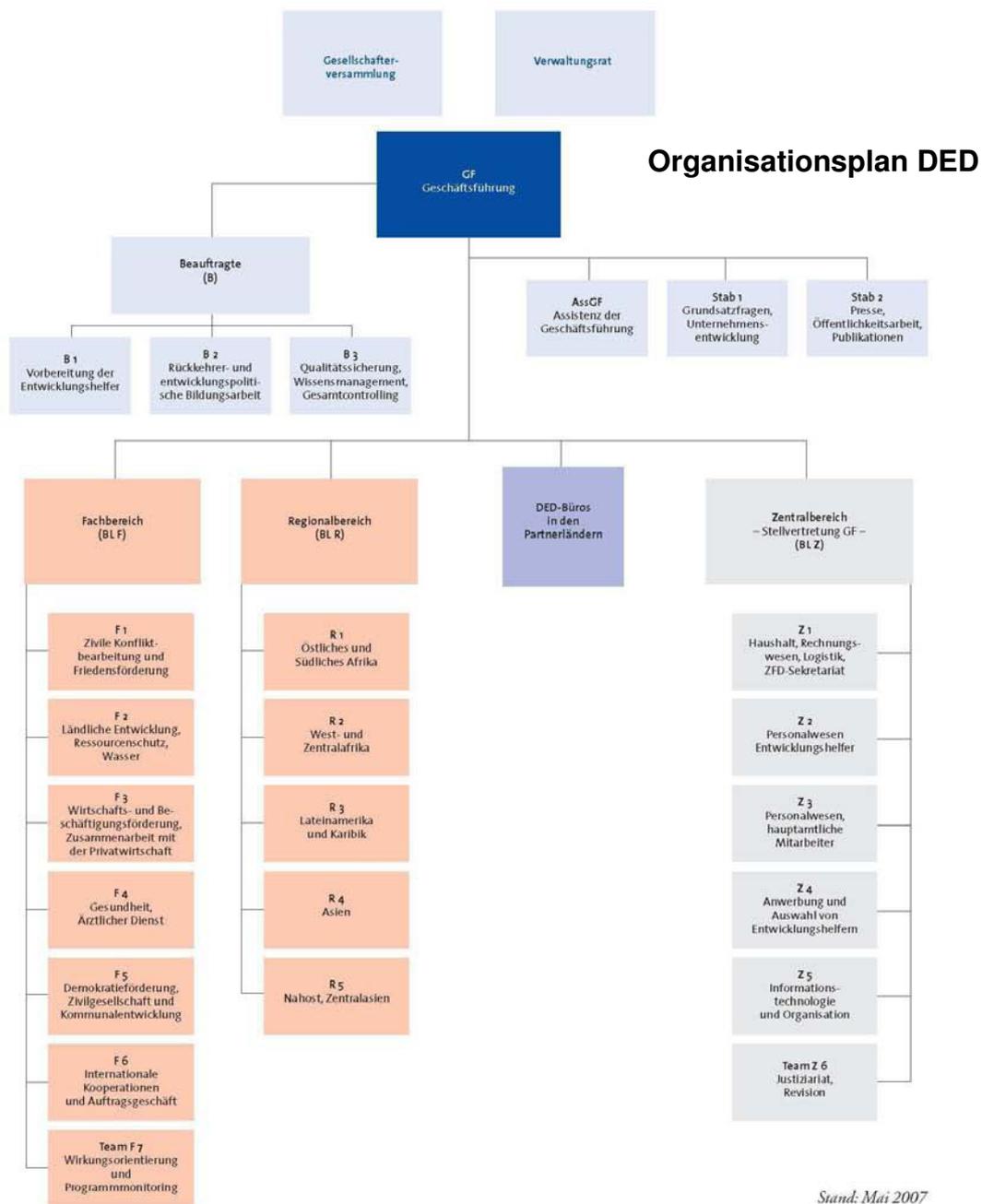
Der DED bietet außerdem für Berufsanfänger das **Nachwuchsförderungsprogramm (NFP)** an. Dieses Programm beinhaltet einen 12-monatigen Auslandsaufenthalt in einem Partnerland des DED.

Betrachtet man sich das Tätigkeitsprofil des Entwicklungshelfers genauer, so ist dieser eine Fachkraft auf Zeit!

2 Struktur des DED

Der DED hat die Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mbH. Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sowie der Arbeitskreis "Lernen und Helfen in Übersee" e.V. Seine finanziellen Mittel erhält der DED aus dem Bundeshaushalt.

Oberstes Entscheidungsgremium des DED ist die Gesellschafterversammlung. Sie ernennt den Verwaltungsrat. Im Verwaltungsrat werden die Leitlinien und Grundsätze der Arbeit des DED bestimmt.



Quelle: www.ded.de, Broschüre "Jahresbericht 2006" des DED.
Hrsg.: DED-Deutscher Entwicklungsdienst gemeinnützige Gesellschaft mbH

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung, genehmigt die Planungsvorstellungen und den Jahresabschluss, vertritt die Gesellschaft beim Abschluss von Rechtsgeschäften mit den Geschäftsführern und behandelt Grundsatzfragen.

Er besteht aus 18 Mitgliedern, welche durch die Gesellschafterversammlung gewählt werden. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus Vertretern der Bundesregierung (AA, BMZ, BMFSFJ), des Arbeitskreises Lernen und Helfen in Übersee (AKLHÜ), Vertretern aus den Parteien, Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertretern der Entwicklungshelfer und aus hauptamtlichen Mitarbeiter des DED.

Oberstes Exekutivorgan ist die Geschäftsleitung.

Der Deutsche Entwicklungsdienst arbeitet derzeit in 46 Partnerländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Der Schwerpunkt des Engagements liegt weiterhin in Afrika, wo 50 Prozent der Entwicklungshelferinnen und -helfer arbeiten. In Asien und dem Nahen Osten sind 28 Prozent und in Lateinamerika und der Karibik 22 Prozent der Fachkräfte des DED im Einsatz.

3 Voraussetzungen für den Einsatz von Entwicklungshelfer/innen

Voraussetzungen für eine Mitarbeit beim DED als Entwicklungshelferin oder Entwicklungshelfer sind:

- ▶ Passender Berufsabschluss, entweder abgeschlossenes Hochschul- oder Fachhochschulstudium oder abgeschlossene Berufsausbildung und Meisterabschluss
- ▶ Mindestens zweijährige, einschlägige Berufserfahrung, bei Meisterabschluss zweijährige Berufserfahrung als Meister inklusive Ausbildereignungsprüfung
- ▶ Gute Sprachkenntnisse in Englisch, Französisch, Spanisch oder Portugiesisch
- ▶ Ebenso wichtig sind Toleranz, soziale Kompetenz, partizipative Beratungskompetenz, Flexibilität, Offenheit gegenüber fremden Kulturen und die Bereitschaft, in neuen und ungewohnten Arbeitszusammenhängen tätig zu werden.

Häufig nachgefragte Berufe sind z.B. solche aus der Verwaltungswirtschaft, dem Gesundheitswesen, der Land- und Forstwirtschaft; bei Studienabschlüssen sind solche aus den Bereichen Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft, Ethnologie, Geographie, Verwaltungswissenschaften, Sozialpädagogik und Pädagogik nachgefragt.

Nach erfolgreicher Bewerbung erfolgt die Vorbereitung in Bad Honnef. Fachkräfte und Entwicklungsstipendiat/innen, die erstmals für den Deutschen Entwicklungsdienst tätig sind, erhalten in den ersten beiden Wochen ihrer Vorbereitung die Gelegenheit, den DED kennen zu lernen, sich über ihre künftige Aufgabe zu orientieren und alle praktischen Fragen zu klären.

Im Programm der Inhouse-Vorbereitung sind individuelle Beratung, Gruppengespräche, Selbststudium und Vorträge vorgesehen.

Schwerpunkte des Programms der Inhouse-Vorbereitung sind:

- ▶ Kennenlernen des DED, seiner Geschichte, Strukturen und Programmpolitik sowie seiner Einordnung in die Entwicklungszusammenarbeit
- ▶ Informationen in Fachreferaten und Regionalreferaten über Programmschwerpunkte, Querschnittsthemen (z.B. Gender, Partizipation) und fachliche Leitlinien
- ▶ Beratung zu Vertrags- und Verwaltungsfragen, Ausreise und Gepäck, Impfungen und Gesundheit sowie Interessenvertretung

- ▶ Kritische Auseinandersetzung mit dem Politikfeld Entwicklungszusammenarbeit und den globalen Rahmenbedingungen.

Während dieser Zeit werden die zukünftigen Fachkräfte an ihren Tätigkeitsbereich im Ausland herangeführt. Hierbei kommt zugute, dass die aus dem Ausland heimgekehrten Experten unmittelbar ihre Arbeitserfahrungen weitergeben können.

4 Leistungen des DED

Die Leistungen des DED richten sich nach dem Entwicklungshelfergesetz und variieren je nach Programm oder familiärer Situation.

Der DED zahlt für Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer und für Friedensfachkräfte ein von Alter, Beruf und Berufserfahrung unabhängiges Unterhaltsgeld. Dieser Betrag wird um einen Kaufkraftausgleich ergänzt, der die unterschiedliche Kaufkraft in den Partnerländern des DED ausgleicht.

Die Projektträger oder der DED stellen eine Wohnung am Einsatzort. Zusätzlich zahlt der DED zur Anschaffung von Bekleidung und Gegenständen der persönlichen Ausstattung und Einrichtung der Unterkunft im Partnerland einen Ausstattungs- und Einrichtungsbeitrag und ein jährliches Urlaubsgeld. Für mitausreisende Familienmitglieder zahlt der DED Zuschläge.

Zur sozialen Sicherung übernimmt der DED die vollen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Vertragsnehmer und schließt eine Gruppenkrankenversicherung ab, die auch die mitausgereisten Familienangehörigen einschließt. Hinzu kommt eine Versicherung der mitgeführten persönlichen Habe und eine Haftpflichtversicherung für alle ausreisenden Personen. Für die begleitenden Familienmitglieder wird ein gesonderter Unfallversicherungsschutz gewährleistet.

Darüber hinaus übernimmt der DED die Kosten für:

- ▶ eine Anwartschaftsversicherung für die Vertragsnehmer in ihrer bisherigen Krankenkasse und Pflegeversicherung
- ▶ Gesundheitsvorsorge
- ▶ Hin- und Rückflug.

Zum Vertragsende erhalten Entwicklungshelfer/innen eine steuerfreie Wiedereingliederungsbeihilfe, deren Höhe sich nach der Vertragsdauer richtet. Tätig werden können die Rückkehrer/innen beispielsweise in der hiesigen Bildungsarbeit. Für diesen Bereich haben sie wichtige Erfahrungen während des Auslandsaufenthaltes gesammelt.

Diskussion

Arbeiten Sie vor Ort mit Zivilgesellschaften zwecks eines gemeinsamen Zieles zusammen oder wird von Deutschland aus ein Ziel gesteckt?

Es werden die ortsansässigen NGOs unterstützt. Zudem werden interessierte Menschen zusammengebracht, um eine NGO zu gründen. Die GTZ ist hauptsächlich auf Regierungsebene tätig, der DED dagegen arbeitet auf

NGO-Ebene. Dort befasst er sich unter anderem mit Aufgaben der Strukturentwicklung.

Ist der DED auch in solchen Staaten aktiv, in denen die Situation der Menschenrechte etwas problematisch ist?

Ja, in diesem Fall kann man auf dem Gebiet der Demokratieförderung durch Stärkung der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Struk-

turen viel tun, auch die Beratung in Good Governance gehört dazu.

Ich möchte mich als afrikanischer Student um ein Praktikum beim DED bewerben. Nach den Regularien sollte der Bewerber aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Warum kann ich aufgrund dieser Einschränkung keinen Platz erhalten?

Oftmals haben Personen wie Sie im Heimatland mit Konflikten im eigenen Kulturkreis zu tun, was der eigentlichen Sache natürlich abträglich ist.

Zwischenruf: Es ist doch gängige Praxis, dass deutsche Entwicklungshelfer ausgesandt werden. In Afghanistan gibt es 16 oder 17 deutsche NGOs. Schlechte Erfahrungen mit diesen habe ich nicht gemacht, bzw. konnte ich nicht feststellen. Viele Personen kennen jedoch die Kultur und Anforderungen des Landes nicht, man braucht schon etwa ein Jahr, um sich besser in der Umgebung einzufinden. Positiv ist allerdings, dass man als Fremder und somit auch als eine neutrale Person zwischen den Konfliktparteien angesehen wird.

Zwischenruf: Im Auftrag des BMZ war ich als Entwicklungshelfer in Afghanistan gewesen. Wenn man Kultur und Sitten etc. kennt, kommt man auch näher an die einheimische Bevölkerung heran.

Wo liegt die Altersgrenze bei dem Nachwuchsförderprogramm und müssen diese Personen auch die deutsche Nationalität haben?

Die Grenze liegt bei 28 Jahren, fragen Sie aber wegen der anderen Modalitäten bitte nach.

Ich möchte noch einmal auf die Schwierigkeiten des Beitritts ausländischer Studierender zu diesen NGOs zurückkommen.

Etwas später werden wir darüber noch ausführlicher sprechen. Jeder Staat, der in einen gemeinsamen Topf (Deutschland 2005 mit 0,35%) einzahlt, kann mit einem bestimmten Prozentsatz (z.B. 12%) die Stellen mit Leuten aus dem eigenen Land besetzen.

Ich selbst habe mich bei internationalen Organisationen beworben. Es ist eine Angelegenheit, die zwischen dem Geldgeber und der internationalen Organisation intern geregelt wird.

Sie meinen also, man könnte gar nichts tun?

Wenn ein Rückkehrer Hilfe braucht, können wir ihm schon helfen.

Ein Problemschwerpunkt ist und bleibt das Honorar. Selbst lokale Fachkräfte haben es in ihren heimatlichen Krisengebieten oft schwer mit einer Entscheidungsfindung.

Es ist sicher nicht einfach, wenn man hier studiert hat und später als lokale Fachkraft arbeiten möchte, aber entsprechende Informationen nicht vorhanden sind, bzw. Gelder fehlen.

Muss der Antrag vor oder nach der Heimkehr gestellt werden?

Es ist sicher am besten, wenn Sie diesen vorher schon stellen. Es sollte allerdings auch schon daraus hervorgehen, was Sie in Ihrer Heimat zu tun beabsichtigen. Dieses sollte auch etwas ausführlicher beschrieben werden.

Seminar:	Reintegration durch Arbeit in Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit – Arbeitsmöglichkeiten für afrikanische und asiatische Rückkehrerinnen und Rückkehrer (vom 30.06. bis 02.07.2006)
Veranstalter:	Arbeitskreis Afrikanisch-Asiatischer Akademikerinnen und Akademiker (in der Afrikanisch-Asiatischen Studienförderung e.V. Göttingen)
Veranstaltungsort:	Seminarräume, Mahatma Gandhi-Haus, Theodor-Heuss-Str. 11, Göttingen
Protokoll:	Andreas Bigalke

Die Arbeit der NGOs am Beispiel der Philippinen

1 Was sind NGOs? (Non-Governmental Organizations / Nicht-Regierungsorganisationen)

- ▶ organisierter Zusammenschluss von Menschen
- ▶ auf freiwilliger Basis
- ▶ nicht gewinnorientiert
- ▶ nicht vom Staat organisiert oder abhängig
- ▶ meistens mit anderen Zielvorstellungen als Regierungsstellen

In der Vergangenheit ist es zwischen Regierungen und NGOs des öfteren zu Konflikten gekommen. Hier können beispielsweise die unterschiedlichen Ansichten zwischen Südafrika und Europa bezüglich der Apartheidpolitik genannt werden. In Hinsicht auf Ausbildung wurde der ANC (African National Congress) zuerst von NGOs unterstützt.

2 Verschiedene Arten von NGOs

Internationale NGOs

- ▶ Internationales Rotes Kreuz
Die älteste NGO ist das 1901 gegründete *Internationale Rote Kreuz*. Diese NGO wird von beiden Konfliktparteien als eine neutrale Organisation akzeptiert.
- ▶ Amnesty International
Amnesty International (AI) wird von vielen als Klassen- oder Regierungsfeind betrachtet.
- ▶ Greenpeace
- ▶ Transparency International
Transparency International hat sich zum Ziel gesetzt, die Korruption total und weltweit aufzudecken und auszumerzen.
- ▶ World Wildlife Fund
- ▶ IFAP (International Federation of Agricultural Producers)
Internationaler Bauernverband: Bei ihrer letzten Konferenz haben sich die Vertreter der NGOs aus dem Norden mit denen aus dem Süden über Handelsabkommen zerstritten. Grundsätzlich im Raum stehen die Überschüsse des Nordens, die dieser auf dem Weltmarkt gegen die mühsam erarbeiteten Erzeugnisse des Südens durchdrücken möchte.

Nationale (deutsche) NGOs

Kirchen

- ▶ Dienste in Übersee (DÜ) (ev.)
- ▶ Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (kath.)
- ▶ Brot für die Welt (ev.)
- ▶ Misereor (kath.)

Politische Stiftungen

- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Friedrich-Naumann-Stiftung
- Hans-Seidel-Stiftung
- Heinrich-Böll-Stiftung
- Konrad-Adenauer-Stiftung

Andere NGOs

- ▶ Deutsche Welthungerhilfe
- ▶ Deutscher Caritas-Verband
- ▶ Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband

Lokale NGOs (Entwicklungsländer) am Beispiel: Philippinen

- ▶ 1946 HUK-Rebellion gegen Großgrundbesitzer
- ▶ National Peasant Movement (KMP)
- ▶ National Movement of Peasant Organizations in the Philippines (PAKISAMA)
- ▶ Federation of Free Farmers
- ▶ 1986 Sturz von Präsident Marcos durch "Peoples Power"
- ▶ 1987 Congress for a People's Agrarian Reform (CPAR)
- ▶ 1987 Mendiola Massaker
- ▶ Sturz von Präsident Estrada

In den vergangenen Jahren erzwang die philippinische Bevölkerung zwei Mal den Rücktritt eines Präsidenten. Viele Personen waren in Organisationen vereint, um gegen ungerechtes Verhalten der Regierung, Korruption und Verfassungsverletzungen anzugehen. Es entwickelte sich eine sehr lebendige Zivilgesellschaft mit ca. 35.000 NGOs unter der Marcosdiktatur. Diese NGOs betätigen sich bis heute auf breiten Themenfeldern, angefangen vom Gesundheitswesen, Armuts- und Schuldenbekämpfung, über Umweltprobleme bis hin zu Menschenrechten etc.

Die Diktatur Ferdinand Marcos' wurde 1986 nach Vorwürfen der Wahlmanipulation durch Massendemonstrationen der "Peoples Power" mit Hilfe der katholischen Kirche und Teilen des Militärs beendet. Auch in der Folgezeit gab es während verschiedener Streiks, bei denen es im Kern um Klassenkampf zwischen dem ausgebeuteten philippinischen Volk und den Landbesitzern und großen bürgerlichen Unternehmen ging, heftige Auseinandersetzungen. Während verschiedener Streiks wurde deren Ende blutig und gewaltsam durch Polizei und Militär erzwungen. 1987 wurden z.B. beim Massaker von Mendiola 13 Bauern getötet.

Anfang 2001 musste nach vorangegangenen monatelangen Protesten Präsident Estrada seine Macht aufgeben. Ihm wurden Begünstigung, Verletzung der Verfassung sowie Selbstbereicherung im Amt vorgeworfen.

3 Arbeitsbereiche von NGOs

- ▶ Advocacy
- ▶ Sozialarbeit
- ▶ Umweltschutz
- ▶ Menschenrechte
- ▶ Armutsbekämpfung
- ▶ Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- ▶ Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe

4 Vorteile von NGOs

- ▶ Motivierte Mitarbeiter
- ▶ Kenntnis von lokalen Verhältnissen und Sprachen
- ▶ Nähe zu armer, unterprivilegierter Bevölkerung
- ▶ Direkter Zugang zu Zielgruppen
- ▶ Mobilisierung von Selbsthilfe und Eigeninitiative
- ▶ Einfache und schnelle Abwicklungsverfahren

5 Schwächen von NGOs

- ▶ Keine staatlichen Machtmittel (es können keine verbindlichen Entscheidungen getroffen werden)
- ▶ Erfolgswang
- ▶ bei zu starker Kritik der Regierung Verfolgung der NGO-Vertreter
- ▶ Niedrige Bezahlung der Mitarbeiter

6 Kritik an NGOs

- ▶ keine demokratische Legitimität
- ▶ Mangel an Kontrolle über Ausgaben und Erfolge
- ▶ Bürokratisierung, z.B. BRAC (**B**angladesh **R**ural **A**dvancement **C**ommission, 4600 Mitarbeiter)
- ▶ Abhängigkeit von Geber-NGOs und Geberländern
- ▶ Neigung zu extremen Reaktionen, wie Ausschreitungen von Globalisierungsgegnern in Seattle und Genua, Hungerstreik, Verwüstung des Ministerbüros

7 NGOs als Arbeitgeber

Neben den schon unter Punkt 2 aufgeführten Organisationen sind weitere unter der nachfolgend angeführten Quelle zu finden:

Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 10963 Berlin, Stresemannstr. 94

Internet: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/handbuecher/index.html>

Diskussion

Was sagen Sie zu der Koordination von NGOs in den Entwicklungsländern? Jede arbeitet für sich, aber am Ende kommt wenig dabei heraus.

Die Arbeit der NGOs sollte auf jeden Fall koordiniert werden. Ein Konkurrenzdenken sollte dabei nicht entstehen. Einige NGOs beschäftigen sich allerdings schon jetzt mit der Koordination.

Bezüglich der Vorgehensweise und Führungsart unterscheidet man die NGOs, soweit mir bekannt ist.

Man kann grob zwei Gruppen von NGOs unterscheiden: Einige arbeiten mehr mit charismatischen Führern, andere dagegen mehr durch Partizipation. Die Gefahr bei einem Personenkult besteht darin, dass dieser nachher so groß ist, dass die betreffende Person scheinbar unangreifbar erscheint.

Bei einer Partizipation von mehreren Gruppen gibt es viele Diskussionen, daher führen personengeführte NGOs manchmal cleverer zum Erfolg.

Manche Regierungsorganisationen sind doch auch selbst NGOs?

Ja, das sind die sogenannten GONGOs (Government-operated Non-governmental Organization), im Gegensatz zu den INGOs (International Non-governmental Organization). Den DED könnte man auch als einen GONGO bezeichnen, da er sehr eng mit der Bundesregierung kooperiert (95 % Bundesbeteiligung).

Wie bekommen NGOs einen Status bei der UNO?

Bei der UNO müssen sich die interessierten NGOs akkreditieren lassen. Sie erhalten dann Beobachter- oder Mitarbeiterstatus. Natürlich will die UNO mit NGOs wie z.B. Attac nicht zusammenarbeiten.

Haben Sie Erfahrungen mit NGOs in China? Oft ist es so, dass, wenn man gegen die Regierung arbeitet, diese NGO verboten wird.

Nein, ich habe nur Erfahrungen mit den Universitäten von Nanking und Xinjiang, wo ich zeitweise gearbeitet habe. Ich habe auch mehrere Genossenschaften besucht. Diese hatten Joint Ventures mit dem Ausland abgeschlossen, z.B. für den Bau von Fahrrädern. Offiziell waren solche aber immer noch landwirtschaftliche Genossenschaften.

Gibt es in China Beispiele für funktionierende NGOs?

Die Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützte das Bestreben nach einem freien Tibet. Es wurde dazu der Dalai Lama eingeladen, nach der Konferenz wurde aber das Büro der Stiftung von chinesischer Seite aus geschlossen.

Haben Sie Informationen über NGOs im Gazastreifen?

Nein, keine.

Kann man von hier, aus Deutschland, in Togo eine NGO gründen?

Nein, das ist schlecht denkbar. Sie müssten dann schon nach Togo gehen und dort eine NGO gründen.

Wir haben gestern schon über die Zugangsschwierigkeiten zu den NGOs gesprochen. Wie ist das eigentlich machbar?

Wenn Sie in das Heimatland gehen und dort Kontakt mit den NGOs knüpfen. Die Mög-

lichkeit ist dann eher gegeben. Bei einigen hier in Deutschland ist es nicht möglich.

Wie kann man sehen, dass von den geflossenen Geldern etwas, z.B. baulich, umgesetzt wurde?

Man versucht, gerade auch bei NGOs, über die Vertrauensschiene zu gehen. Ab und an gibt es natürlich auch Kontrollen.

Gruppenarbeit

Thema: NGOs – Entwicklungspolitische Stütze, Ja oder Nein?

Nach Bildung von zwei Arbeitsgruppen wurden u. a. Pro und Contra herausgearbeitet und anschließend zusammengefasst vorgetragen.

<p>Gruppe 1</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Problem: Arbeitskräfte aus den Entwicklungsländern kennen die jeweilige Kultur und Sprache sehr gut. Bei Stellenbewerbungen erhalten sie jedoch nur eventuell einen Job und werden in diesem Fall mit einem niedrigeren Gehalt entlohnt, was nicht gerade sehr motiviert. Nachhaltigkeit wäre hier eine vollständige Integration der Menschen. 2. Problem: NGOs machen mehr Lobbyarbeit als eigentliche Arbeit vor Ort. Sie vertreten eher die Interessen der Geldgeber. 3. Problem: Es gibt sehr viele NGOs. Diese Tatsache führt zu einer Bekämpfung der Organisationen untereinander im Sinne von Konkurrenzverhalten. Eine höhere Effizienz würde erzielt, wenn die Regierung mehr Einfluss auf die Arbeit nähme. Es gibt viele Verwaltungskosten, Gelder werden missbraucht. Die Tätigkeitsbereiche sind stark zersplittert, eine Organisation arbeitet nur für die Gesundheit, die andere nur für die Armutsbekämpfung, eine weitere nur im Bildungswesen. <p>Die Forschungsmöglichkeiten in Entwicklungsländern sollten bedeutend verbessert und vorbereitet werden.</p> <p>Ein NGO-Führer hat große Erfahrung, er macht daher, was er will, nicht jedoch, was die anderen wollen. Benötigte Gelder verschwinden daher in irgendwelchen anderen Kanälen.</p>
------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gruppe 2	<p>Pro:</p> <ul style="list-style-type: none">▶ NGOs können sehr effizient sein▶ sie sind unbürokratisch in verschiedenen Belangen▶ sie vertreten die Wahrheit in der Öffentlichkeit▶ sie arbeiten aus Idealismus, nicht gewinnorientiert▶ Sprecher der Schwachen▶ sie engagieren sich für das Gemeinwohl▶ sie sind neutral und unabhängig gegen die Regierung▶ sie unterliegen keinen Zwängen <p>Bei kleinen NGOs lässt sich der Geldfluss leichter kontrollieren.</p> <p>Contra:</p> <ul style="list-style-type: none">▶ Hypocrisy: äußerlich scheinbar an einer Lösung interessiert, aber in Wirklichkeit immer noch mit den Problemen verhaftet▶ Keine Transparenz bei NGOs, niemand kann etwas nachweisen. Angabe/Nachweis über diverse gebaute Häuser z.B.▶ Machtmissbrauch, hierarchische Strukturierung, teure Fahrzeuge, neueste Hightech▶ NGOs als Gefährdung für die Regierung
-----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Seminar: Reintegration durch Arbeit in Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit – Arbeitsmöglichkeiten für afrikanische und asiatische Rückkehrerinnen und Rückkehrer (vom 30.06. bis 02.07.2006)

Veranstalter: Arbeitskreis Afrikanisch-Asiatischer Akademikerinnen und Akademiker (in der Afrikanisch-Asiatischen Studienförderung e.V. Göttingen)

Veranstaltungsort: Seminarräume, Mahatma Gandhi-Haus, Theodor-Heuss-Str. 11, Göttingen

Protokoll: Andreas Bigalke

PROGRAMM RÜCKKEHRENDE FACHKRÄFTE

Entwicklungspolitisch orientierte Förderung
von rückkehrenden Studienabsolventen und
berufserfahrenen Fachkräften

Das Potential Rückkehrender Fachkräfte

Globalisierung und weltweite Migration haben einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklungsprozesse in Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern. Grundgedanke der entwicklungspolitisch orientierten Reintegrationsförderung ist es, das Phänomen Migration als Chance zu begreifen, von der sowohl die Migranten und Migrantinnen als auch ihre Herkunfts- und Aufnahmeländer profitieren.

CHANCEN DER MIGRATION NUTZEN

Migration ist meist kein einseitiger und einmalig abgeschlossener Wanderungsprozess. Viele Menschen arbeiten heute im Verlaufe ihres Berufslebens in verschiedenen Arbeitsbereichen und Ländern. Internationale Migration bietet Entwicklungschancen für alle Beteiligten. Migranten können ihr Herkunftsland durch Überweisungen, durch Investitionen oder durch den Transfer ihres erworbenen Know-hows unterstützen. Als „Brückenbauer“ zwischen verschiedenen Ländern etablieren Migranten oft langfristige Handelsbeziehungen, Wissensnetzwerke und soziale Kontakte, die Aufnahme- sowie Herkunftsländern gleichermaßen zugute kommen. Migration kann aber auch ein Entwicklungshemmnis sein, wenn durch die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte – dem sogenannten brain drain – wichtige Sektoren wie Gesundheit und Bildung geschwächt werden.

POTENZIALE NUTZEN, FÄHIGKEITEN AUSSCHÖPFEN

Die entwicklungspolitisch orientierte Reintegrationsförderung greift eine Facette dieses Potenzials auf. Sie ebnet Rückkehrenden Fach- und Führungskräften den Weg, damit diese ihre Fähigkeiten und ihr Know-how in ihren Heimatländern voll entfalten können. Dabei knüpft die Reintegrationsförderung an Ressourcen der Partnerländer an und folgt somit dem Prinzip der Subsidiarität, d. h. Aufgaben werden dort wahrgenommen, wo sie anfallen und gelöst werden können. Die Unterstützung Rückkehrender Fachkräfte steht auch nicht im Widerspruch zum eigenen Fachkräftebedarf eines Industrielandes. Im Gegenteil: Die erfolgreiche Rückkehr von Migranten ist oft die Basis für den weiteren Ausbau der internationalen Beziehungen – und damit auch ein Gewinn im „Wettbewerb um die besten Köpfe“.



Das Programm Rückkehrende Fachkräfte

Das Programm wird im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



vom Centrum für internationale Migration und Entwicklung (**CIM**) durchgeführt. CIM ist eine Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (**GTZ**) und der zentralen Auslands- und Fachvermittlung (**ZAV**) der Bundesagentur für Arbeit. In der Durchführung kooperiert CIM mit der Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte gGmbH (**AGEF**) und dem World University Service (**WUS**).

In zahlreichen Ländern haben zurückgekehrte Migranten und Migrantinnen **Fachkraftorganisationen** gegründet, die in das Programm miteinbezogen sind. Diese Organisationen beraten Rückkehrende Fachkräfte, leisten Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche und führen im Rahmen der Nachkontaktarbeit Seminare und Schulungen durch.

CIM – AGEF – WUS – AASF	Information, Beratung, Vermittlung
AGEF – WUS	Rückkehrvorbereitende Seminare, Nachkontaktarbeit Förderung der Fachkraftorganisationen
CIM	Reise-, Transportkosten- und Gehaltszuschuss
WUS	Arbeitsplatzausstattung, Fachliteratur

Nähere Angaben s. S. 19 u. 20

Programmziel

Rückkehrende Fachkräfte, die in Deutschland ihre berufliche Qualifikation erworben haben, spielen für ihre Herkunftsländer eine wichtige Rolle.

Sie tragen insbesondere durch ihre erfolgreiche berufliche Integration effektiv zur wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Länder bei. Sie verfügen über aktuelles Fachwissen, internationale Kontakte, interkulturelle Kompetenz und sind mehrsprachig.

Dieses Potenzial greift das entwicklungspolitisch orientierte Programm Rückkehrende Fachkräfte auf: Es unterstützt rückkehrinteressierte Nachwuchs- und berufserfahrene Fachkräfte. Auch Arbeitgeber aus Entwicklungs- und Schwellenländern können von dem Programm profitieren.

VORAUSSETZUNGEN

Sie sind Staatsbürger eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes und haben in Deutschland

- ein Studium oder eine Ausbildung erfolgreich absolviert
- oder waren mindestens zwei Jahre qualifiziert beruflich tätig
- und möchten in ihr Herkunftsland oder in ein anderes Entwicklungs- oder Schwellenland zurückkehren, um dort beruflich aktiv zu werden.

Wir beraten und unterstützen Sie kompetent bei Ihrem Rückkehrvorhaben durch unser Programmangebot.

Auf einen Blick: Unser Angebot für Rückkehrende Fachkräfte

Sie kommen aus einem Entwicklungs-, Schwellen oder Transformationsland und haben in Deutschland

- eine berufliche Aus- oder Fortbildung erfolgreich absolviert
- oder waren mindestens zwei Jahre beruflich qualifiziert tätig
- und möchten nun in ihrem Herkunftsland oder in einem anderen Entwicklungs-, Schwellen- oder Transformationsland langfristig beruflich tätig werden.

Wir beraten und unterstützen Sie kompetent bei Ihrem Rückkehrvorhaben durch unser Programmangebot:

INFORMATION UND BERATUNG

- Informationsveranstaltungen sowie fach- und länderspezifische Seminare in Deutschland und den Partnerländern
- Versand von Informationsmaterialien
- Individuelle Beratung zur Rückkehr und Karriereplanung
- Arbeitsmarktspezifische Beratung durch spezielle Berater und Beraterinnen vor Ort

ARBEITSVERMITTLUNG

- Aufnahme zur Stellensuche in unsere Bewerberdatenbank
- Suche nach geeigneten Stellenangeboten im Rückkehrland
- Kontaktherstellung zu öffentlichen und privaten Arbeitgebern, Nichtregierungsorganisationen sowie Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit

NETZWERKBILDUNG

- Kontaktherstellung zu Zusammenschlüssen von bereits zurückgekehrten Fachkräften (Fachkraftorganisationen) und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit

FINANZIELLE FÖRDERUNG

Entscheidend für eine finanzielle Förderung sind die entwicklungspolitische Relevanz des Arbeitsplatzes sowie Ihre persönlichen Voraussetzungen wie berufliche Qualifikation und Berufserfahrung. Weibliche Fachkräfte werden dabei im Besonderen gefördert. Der Antrag muss vor der Rückreise gestellt werden. Auf die Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Die finanzielle Förderung kann für Rückkehrende Fachkräfte in folgende **Partnerländer** gewährt werden: Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Georgien, Ghana, Indien, Indonesien, Jordanien, Kamerun, Kolumbien, Marokko, Mongolei, Pakistan, Peru, Syrien, Tunesien, Türkei und Vietnam, sowie für palästinensische Rückkehrer und Rückkehrerinnen.

Reisekostenzuschuss

Die Pauschale beträgt für Antragsteller und Antragstellerinnen, den mit ausreisenden Ehepartner sowie für Kinder von 12 bis 18 Jahren je 300 € bis 500 €, für Kinder unter 12 Jahren je 200 € bis 300 €.

Transportkostenzuschuss

Die Pauschale beträgt für Antragsteller und Antragstellerinnen, den mit ausreisenden Ehepartner sowie für Kinder je 500 € bis maximal 2.500 €.

Gehaltszuschuss

Die Höhe des Gehaltszuschusses ist abhängig

- von der beruflichen Qualifikation,
- von der bisherigen Berufserfahrung,
- vom Rückkehrland,
- sowie insbesondere von der entwicklungspolitischen Bewertung des Arbeitsplatzes.

Die Dauer des Zuschusses beträgt 6 bis maximal 24 Monate. Für Nachwuchsfachkräfte liegt der Gehaltszuschuss bei etwa 300 € pro Monat. Für berufserfahrene Fachkräfte und bei hoher entwicklungspolitischer Bedeutung des Arbeitsplatzes kann dieser auch deutlich höher liegen.

Arbeitsplatzausstattung (APA)

Rückkehrende HochschulabsolventInnen und Fachkräfte können an ihrem neuen Arbeitsplatz im Heimatland oft ihr in Deutschland erworbenes Wissen nicht optimal umsetzen, da es an einer ausreichenden Ausstattung mangelt. Um einen Beitrag zu ihrer erfolgreichen beruflichen Reintegration zu leisten, führt die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) in Zusammenarbeit mit World University Service (WUS) das Programm: "Zuschüsse zur Ausstattung am Arbeitsplatz für Fachkräfte aus Entwicklungsländern".

Der WUS berät im Auftrag der ZAV rückkehrinteressierte Fach- und Führungskräfte aus Afrika, Asien und Lateinamerika (Hinweis auf Partnerländer s. www.wusgermany.de) bei der Antragstellung und der technischen Abwicklung des Programms. Die Finanzierung der Arbeitsplatzausstattung erfolgt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Was kann gefördert werden?

Ein entwicklungspolitisch bedeutsamer Arbeitsplatz in einem Entwicklungsland kann mit einer Arbeitsplatzausstattung einmalig bis zu einem Wert von 10.000 Euro gefördert werden. Die Finanzierung der Arbeitsplatzausstattung erfolgt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Es werden Kosten übernommen für:

- Maschinen und technisches Gerät
- Lehr- und Lernmaterial
- Fachliteratur
- den Transport der geförderten Ausstattung ins Entwicklungsland

Die Ausstattung geht in das Eigentum des Arbeitgebers über und steht dem Rückkehrer für die Ausübung seiner Tätigkeit zur Verfügung.

Was ist ein entwicklungspolitisch bedeutsamer Arbeitsplatz?

Der Arbeitsplatz muss für die Entwicklung des jeweiligen Landes von Bedeutung sein. Entwicklungspolitisch relevant sind z. B. Arbeitsplätze in den Sektoren:

- Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur
- Gesundheitswesen
- Umweltschutz
- Land- und Forstwirtschaft
- Energieversorgung
- Gewerbliche Berufsbildung sowie Aus- und Fortbildung

In öffentlichen Verwaltungen, Privatunternehmen und sozialen Einrichtungen.

Wer ist antragsberechtigt?

Antragsberechtigt sind Fachkräfte aus Entwicklungsländern, die

- in der Bundesrepublik aus- und/oder fortgebildet worden sind bzw. eine mehrjährige Arbeits- oder Berufserfahrung erworben haben und
- aufgrund ihrer Ausbildung und/oder beruflichen Qualifikation fähig sind, sich nachhaltig für Entwicklungsaufgaben in ihrem Land einzusetzen und
- eine arbeitnehmerische Tätigkeit nachweisen können und
- vor nicht mehr als 2 Jahren zurückgekehrt sind

Bei wem wird die Förderung beantragt?

Wie kommt die Ausstattung zum Arbeitsplatz?

Was passiert nach Erhalt der Ausstattung?

Details zu diesen Fragen sind zu erfahren beim **World University Service (WUS)** oder bei der **Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)** in der Arbeitsgemeinschaft CIM.





Centrum für internationale
Migration und Entwicklung
eine Arbeitsgemeinschaft
aus **gtz** und 

Centrum für internationale Migration und Entwicklung
(CIM)
Mendelssohnstr.75-77
60325 Frankfurt am Main
Deutschland
Tel.: +49 (0)69 719121-0
Fax: +49 (0)69 719121-81
E-Mail: frankfurt-zav.reintegration@arbeitsagentur.de
Internet: www.zav-reintegration.de
www.cimonline.de

CIM ist als Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und der Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit ein Personalvermittler mit entwicklungspolitischem Auftrag. In der Arbeitsgemeinschaft werden zwei Programme durchgeführt, in denen entwicklungspolitische und arbeitsmarktpolitische Anliegen zusammengeführt werden: Programm Integrierte Fachkräfte und Programm Rückkehrende Fachkräfte



Bundesagentur für Arbeit

Zentrale Auslands-
und Fachvermittlung (ZAV)

Adresse s. o.

Das **Programm Rückkehrende Fachkräfte** wird innerhalb der Arbeitsgemeinschaft von der Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) betreut. Als Internationale Personalagentur der Bundesagentur für Arbeit kann die ZAV dabei auf die Instrumente und Strukturen der Arbeitsvermittlung zurückgreifen und diese mit den entwicklungspolitischen Ressourcen der GTZ in der Arbeitsgemeinschaft CIM verbinden.

Darüber hinaus vermittelt die ZAV deutsche und ausländische Arbeitnehmer in das Ausland und aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland.

Die ZAV arbeitet eng mit den Arbeitsverwaltungen der einzelnen Länder, mit diplomatischen und wirtschaftlichen Auslandsvertretungen und internationalen Organisationen zusammen. Innerhalb der Bundesrepublik ist sie mit allen Arbeitsämtern verbunden. Die ZAV vermittelt Arbeitnehmer in mehr als 130 Länder.





Arbeitsgruppe Entwicklung und
Fachkräfte im Bereich Migration und der
Entwicklungszusammenarbeit (AGEF)
Königswinterstr.1
10318 Berlin
Deutschland
Tel.: +49 (0)30 501085-0
Fax: +49 (0)30 5097804
E-Mail: info@agef.de
Internet: www.agef.net
www.getjobs.net

Bei der Gründung der AGEF als gemeinnützige GmbH im Jahr 1992 stand die Umsetzung von Programmen der beruflichen Reintegration von Fachkräften aus Entwicklungsländern im Mittelpunkt. Heute arbeitet AGEF in rund 25 Ländern Asiens, Afrikas, Ost- und Südeuropas und des Mittleren und Nahen Ostens mit Tochter- und Partnerorganisationen zusammen. AGEF realisiert für nationale wie internationale Auftraggeber Projekte an der Schnittstelle von Migration und Entwicklungszusammenarbeit.

AGEF arbeitet schwerpunktmäßig sowohl im Programm Rückkehrende Fachkräfte als auch in Sonderprogrammen für Post-Konflikt-Länder wie Afghanistan und Irak. Weitere Informationen finden



World University Service (WUS)
Goebenstr.35
65195 Wiesbaden
Deutschland
Tel.: +49 (0)611 9446051
E-Mail: apa@wusgermany.de
Internet: www.wusgermany.de

Der World University Service ist eine internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation, bestehend aus nationalen Komitees in über 50 Ländern. Der WUS versteht sich als eine internationale Gemeinschaft von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor.

WUS fördert als Nichtregierungsorganisation Programme der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit in Deutschland und Programme zur nachhaltigen Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Im Rahmen des APA-Programms führt der WUS im Auftrag der ZAV die Beratung bei der Antragstellung und der technischen Abwicklung des Programms durch. WUS berät im Auftrag der ZAV rückkehrinteressierte Fach- und Führungskräfte aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Quellen: www.wusgermany.de; Broschüre: "Migration und Entwicklung – Das Potential Rückkehrender Fachkräfte" Faltblatt: "Programm Rückkehrende Fachkräfte: Entwicklungspolitisch orientierte Förderung von rückkehrenden Studienabsolventen und berufserfahrenen Fachkräften"
Faltblatt "APA-Programm. Zuschüsse zur Ausstattung am Arbeitsplatz für Fachkräfte aus Entwicklungsländern", Hrsg.: Bundesanstalt für Arbeit, Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV und World-University Service (WUS))
www.cimonline.de; Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)



Die **Afrikanisch-Asiatische Studienförderung e.V.** berät seit Jahrzehnten afrikanische und asiatische Hochschulabsolventinnen und -absolventen über Reintegrationsprogramme/Rückkehrförderung, veranstaltet Reintegrationsseminare für kurz vor der Rückkehr stehende afrikanische und asiatische Studierende und gibt dreimal jährlich den Afrika-Asien-Rundbrief heraus.

Kontaktpersonen:

Herr Sujit Chowdhury
Herr Dr. A. Wais

Afrikanisch-Asiatische Studienförderung e.V.

Theodor-Heuss-Str. 11, 37075 Göttingen
Tel.: 0551 – 34443 und 395166 – Mail: aasf@gwdg.de

Folgende Fachkraftorganisationen sind im Rahmen des Programms Rückkehrende Fachkräfte tätig. (Quelle: www.zav-reintegration.de)

- ÄTHIOPIEN: Association of Ethiopians Educated in Germany, Addis Ababa
E-Mail: aeeq@ethionet.et
Internet: www.aeeq-ethiopia.org
- BOLIVIEN: Asociación de Amistad Boliviano Alemana (AABA), La Paz
E-Mail: secretariado@aaba.com.bo
Internet: www.aaba.com.bo
- BRASILIEN: Agência Brasil-Alemanha Reintegração de Mão de Obra Especializada, Curitiba PR
E-Mail: agenciabrasil@agenciabrasilalemanha.com.br
Internet: www.agenciabrasilalemanha.com.br
- CHILE: Asociación de Amistad Chileno-Alemana, Santiago de Chile
Internet: www.amistadchilenoalemana.cl
E-Mail: info@amistadchilenoalemana.cl
- CHINA: Delegation of German Industry & Commerce Beijing, Beijing
E-Mail: zhu.lingbo@bj.china.ahk.de
- GHANA: The Rückkehrer Office, Accra
E-Mail: rueckkehrergh@gmx.net
Internet: www.rueckkehrerbueroghana.org
- INDONESIEN: World University Service Komite Indonesia (WUSKI), Bogor
E-Mail: wuski@indo.net.id
Internet: www.wuski.or.id
- JORDANIEN: AGEF-Jordan, Amman
E-Mail: cs_jordan@agef-meca.org
- KAMERUN: P.A.R.I.C., Fonds National de l' Emploi (FNE), Douala
E-Mail: fneparic@yahoo.fr
Internet: www.fnecm.org/siteweb/paric
- MAROKKO: DIHK, Casablanca
E-Mail: moha.ezzabdi@dihkcasa.org
Internet: www.dihkcasa.org
Marokkanische Vereinigung in Deutschland ausgebildeter Fach- und Führungskräfte (MVDAFF), Rabat Nations-Unies
E-Mail: mvdaff@mtds.com
Internet: www.mvdaff.org.ma
- MONGOLEI: Mongolisch-Deutsche Brücke (MDB), Ulaanbaatar
E-Mail: info@bruecke.in.mn
Internet: www.dmaks.info
- PERU: Comisión Brandt, Lima
E-Mail: info@comisionbrandt.com
Internet: www.comisionbrandt.com
- VIETNAM: HCES Hanoi Center for Employment Service, Hanoi
E-Mail: dachuan@web.de

Nützliche Links zum Thema Rückkehr und berufliche Reintegration geordnet nach Regionen

Afrika

AASF	Afrikanisch-Asiatische Studienförderung, Göttingen: www.gwdg.de/~aasf
ABTG	Association of Batswana Trained in Germany, Gaborone: www.getjobs.net/abtg/
ADECOMA	Associação de Cooperacao Mocambique/Alemanha, Maputo: www.getjobs.net/adecoma
AGTZ	Association of German Trained Zimbabweans, Harare: www.getjobs.net/getjobs_alt/simbabwe/index.htm
ANAPEC	Agence Nationale de Promotion de l'Emploi et des Compétences, Casablanca: www.anapec.org
ATE	Agence National pour l'Emploi et le Travail Indépendant, Tunis: http://www.emploi.nat.tn/
AZAG	Association of the Zambian Alumni of Germany, Lusaka: www.getjobs.net/azag
C.A.A.R.A	Cooperacao Associada entre Angolanos ex. Residentes na Alemanha, Luanda www.getjobs.net/getjobs_alt/angola/index.htm
GTNA	German Trained Namibians Association, Windhoek: www.getjobs.net/gtna/
RBG	Rückkehrerbüro Ghana, Accra: www.rueckkehrerbueroghana.org
SAGA	South African – German Association, Capetown: www.getjobs.net/getjobs_alt/saga_alt/index.htm
DIHK	Casablanca Deutsche Industrie- und Handelskammer, Casablanca: www.dihkcasa.org

Asien

CZH	Chinesisches Zentrum, Hannover -Jobbörse und mehr-: www.portalchinesischerstudenten.de
DMAKS	Deutsch - Mongolische Alumni Kontaktstelle, Ulaanbaatar: www.dmaks.info
KDV	Kambodschanisch-Deutsche-Vereinigung, Phnom Penh: http://www.reintegration.net/kambodscha/teil3.htm
WUSIRAN	World University Service Iran, Teheran: www.wusiran.com

Südosteuropa

FZZZ BiH	Federalni Zavod za zapošljavanje BiH, Sarajevo: www.fzzz.ba
HZZ	Hrvatski zavod za zapošljavanje, Zagreb: www.hzz.hr

Sonstige nützliche Links zum Thema in alphabetischer Anordnung

AHK	Die deutschen Außenhandelskammern des DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag): www.diht.de/ahk
WAPES/ AMSEP/ AMSPE	World Association of Public Employment Services/ Association Mondiale des Services d'Emploi Publics/ Asociación Mundial de los Servicios Públicos de Empleo: www.wapes.org
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst: www.daad.de
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, Köln: www.deginvest.de
Devdir	Directory of development organizations: www.devdir.org
EED	Evangelischer Entwicklungsdienst, Bonn: www.eed.de
inwent	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH, Bonn (Zusammenschluss v. CDG u. DSE): www.inwent.org
IO	International Offices an deutschen Universitäten: www.hochschulkompass.de/kompass/xml/m21940.htm
IOM	International Organization for Migration, Bonn: www.iom.int
ISOPLAN	Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung, Saarbrücken Datenbank Mobilität und Integration: www.isoplan.de/mi
OWJ	One-World-Job Seite des Arbeitskreises „Lernen und Helfen in Übersee“, Bonn: www.oneworld-jobs.org
Wissenschaft weltoffen	Wissenschaft weltoffen ist ein Datenreport zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland: www.wissenschaft-weltoffen.de

Infrastrukturprobleme in Sansibar Stadt, Tansania, und Lösungsansätze der Entwicklungszusammenarbeit – Ein Erfahrungsbericht

1 Hintergrund

Die Inselgruppe Sansibar gehört zur Vereinigten Republik Tansania. Es leben ca. 1.000.000 Menschen auf der Inselgruppe vor der Ostafrikanischen Küste, davon 300.000 in Sansibar Stadt auf der Hauptinsel Unguja. Sansibar Stadt hat, wie viele schnellwachsende Städte in Entwicklungsländern, große Infrastruktur- und Verwaltungsprobleme, daher beteiligte sie sich ab 1998 am Global Sustainable Cities Programme, das von UNEP und UNCHS initiiert wurde. Weltweit nehmen mehr als 40 Städte an diesem Programm teil, mit dem Ziel, Strategien zu Umweltplanung und Umweltmanagement zu formulieren und Aktionspläne auf den Weg zu bringen.

Von August 2001 bis September 2003 war ich als Beraterin für Stadt- und Umweltplanung für das Zanzibar Sustainable Programme in Sansibar / Tansania tätig. Der Vortrag reflektiert meine Beobachtungen, Erfahrungen und Erkenntnisse aus dieser Zeit.

Folgende Aspekte greife ich auf:

- ▶ Hintergrundinformationen
- ▶ Ist-Zustand der Infrastruktur in Sansibar Stadt
- ▶ Ursachen der mangelhaften städtischen Infrastruktur
- ▶ Lösungsansätze aus verschiedenen Perspektiven
- ▶ Lösungsansatz "partizipative Stadtplanung" am Beispiel eines Müllprojekts
- ▶ Resümee meiner Erfahrungen.

In Sansibar Stadt arbeiteten fünf einheimische Fachleute (Stadtplaner, Umweltingenieure, Buchhalterin) gemeinsam mit mir als ausländische Expertin an der Umsetzung des Programms. Unterstützt wurden wir von fünf Arbeitsgruppen, die sich aus Verwaltungsmitarbeitern sowie Mitgliedern von Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen zusammen setzen.

Ziele des Zanzibar Sustainable Programme:

- ▶ die Fähigkeiten der Stadtverwaltung im Bereich Stadt- und Umweltplanung zu verbessern
- ▶ eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger in den Bereichen Gesundheit und Infrastruktur (Abwasser, Trinkwasser, Müll...) zu erreichen sowie
- ▶ die Umwelt zu entlasten.

2 Ist-Zustand der Infrastruktur in Sansibar Stadt

2.1 Unzureichende Trinkwasserversorgung

Trinkwasserleitungen in Wohnhäusern sind eine Seltenheit in Sansibar. Die meisten Menschen im Stadtgebiet haben Zugang zu einem öffentlichen Wasserhahn in ihrem Stadtteil, der für wenige Stunden pro Woche Trinkwasser liefert. Durch Lecks in den Wasserrohren ist das Trinkwasser hygienisch nicht einwandfrei, so dass es vor dem Gebrauch abgekocht werden sollte. Aus Geld- und Brennstoffmangel wird dies häufig unterlassen.

Stadtteile, die in den letzten Jahren entstanden sind, haben oft keinen öffentlichen Wasserhahn. Die Menschen nutzen Brunnen, deren Wasser noch stärker verunreinigt ist, als das Leitungswasser. Ursachen sind die Toilettengruben im Umfeld der Brunnen. Das Toilettenwasser sickert durch den porösen Kalkstein in den Untergrund und gelangt in das Brunnenwasser. Besonders während der Regenzeit führt dies regelmäßig zu Ruhr- und Cholerainfektionen.

2.2 Fehlende Regenwasserdrainagen

Ein Großteil der Stadt hat keine Regenwasserdrainagen. In der Regenzeit überfluten die Wassermassen ganze Stadtteile für mehrere Wochen. Die Bausubstanz der Häuser leidet stark darunter und die Wasserflächen sind ideale Brutstätten für Anophelesmücken, die Überträger der Malaria.

2.3 Mangelhafte Müllentsorgung

Jeder Stadtteil in Sansibar hat einen zentralen Müllsammelplatz und dorthin sollten die Bewohner ihren Hausmüll bringen. Die Stadtverwaltung hat allerdings nur zwei fahrtüchtige LKW zum Abtransport des täglich anfallenden Mülls. Obwohl die Fahrzeuge 24 Stunden im Einsatz sind, bleiben große Müllmengen liegen und verursachen neben üblen Gerüchen auch gesundheitliche Probleme.

Die Menschen behelfen sich, indem sie ihren Hausmüll verbrennen, vergraben oder illegal ablagern. Früher bestand der Hausmüll ausschließlich aus organischen Bestandteilen, doch inzwischen haben Plastikverpackungen auch Sansibar erreicht. Die Folgen: bei der Verbrennung der Abfälle entstehen gesundheitsschädliche Emissionen, der vergrabene Müll kann in den Plastiktüten nicht verrotten und die Stadt ist durch herumfliegenden Plastikmüll verunstaltet.

2.4 Ursachen der mangelhaften städtischen Infrastruktur

Seit einigen Jahren wird der Zuzug der Menschen in die Stadt nicht mehr kontrolliert und reglementiert. Dadurch wächst Sansibar Stadt jährlich um ca. 4% und wuchert in ihr ländliches Umland. Ehemaliges Ackerland wird in kleine Baugrundstücke aufgeteilt, verkauft und dann bebaut. Die Stadtverwaltung ist nicht in der Lage, diese Entwicklung mit einer geregelten Planung zu steuern, so dass ungeplante Stadtteile, ohne jegliche Infrastruktur wie Straßen, Trinkwasserleitungen oder Regenwasserdrainagen, entstehen.

Zu den o.g. Problemen kommt hinzu, dass die Stadtverwaltung zu geringe Steuereinnahmen erwirtschaftet, woraus resultiert, dass kaum Investitionen in die Infrastruktur der Stadt getätigt werden können. Die mangelhafte Infrastruktur verringert die Zahlungsbereitschaft der Bürger. - Ein Teufelskreis ist entstanden.

Weitere Ursachen der geringen Steuereinnahmen sind

- ▶ fehlende oder mangelhafte Daten über Steuerpflichtige
- ▶ veraltete Steuersätze und Verordnungen
- ▶ Veruntreuung von Steuereinnahmen
- ▶ eine überforderte Verwaltung.

3 Lösungsansätze aus verschiedenen Perspektiven

Die o. g. Probleme sind äußerst vielschichtig und komplex, daher kann es auch keine einfachen Lösungen geben. Nicht nur Stadtverwaltung und Regierung Sansibars, sondern auch verschiedene Organisationen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit führen Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur durch.

3.1 Lösungsansätze von Seiten der Stadtverwaltung bzw. Regierung

Die städtische Verwaltung hat mit dem Aufbau von Datenbanken, z. B. über Gewerbetreibende, begonnen. Dabei wird sie von einer ausländischen Beraterin für Finanzverwaltung unterstützt. Zahlungsunwillige Bürger sollen in Zukunft konsequenter verfolgt und zur Kasse gebeten werden. Zusätzlich wurden Parkgebühren auf städtischen Flächen eingeführt.

Tansania führt außerdem eine Local Government Reform durch, um die Planungshoheit der Städte zu stärken und ihnen das Verfügungsrecht über städtische Steuereinnahmen zu geben. Dabei ist es notwendig, die Verwaltungsmitarbeiter durch Fortbildungen auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten. Diese Reform wird von vielen internationalen Organisationen unterstützt. Sansibar ist an der Local Government Reform beteiligt.

3.2 Lösungsansätze der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Die Weltbank, oder auch die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau, drängen Entwicklungsländer, so auch Tansania, dazu, öffentliche Aufgaben wie Trinkwasserversorgung, Müllentsorgung oder Straßenunterhalt zu privatisieren.

Die Vereinten Nationen (UN) initiieren Programme, wie das Global Sustainable Cities Programme, um durch eine partizipative Planung, d. h. Planung gemeinsam mit den Bürgern, die Lebens- und Umweltsituation in den Städten zu verbessern. Auch der sogenannte Bürgerhaushalt wie in Pórtó Alegre/Brasilien ist hierzu zu zählen. In einem Bürgerhaushalt entscheiden die Bürger eines Stadtteils darüber, wofür die Steuermittel ausgegeben werden sollen.

3.3 Lösungsansatz "partizipative Stadtplanung" am Beispiel eines Müllprojekts

Im folgenden wird die Durchführung eines Müllprojekts in einem Stadtteil Sansibars mit ca. 5000 Einwohnern vorgestellt. Der Stadtteil verfügte im Jahr 2001 über keine funktionierende Müllentsorgung. Allerdings waren Bürger aktiv geworden und hatten eine Bürgerinitiative gegründet, die das Problem aufgriff. Der Stadtrat des Viertels bat die Mitarbeiter des Zanzibar Sustainable Programme um Unterstützung bei der Konzeption und Durchführung eines Müllprojekts.

Das Projekt wurde partizipativ nach folgenden Grundsätzen geplant und umgesetzt:

Entwicklungsprojekte werden in der Regel von lokalen oder ausländischen Fachleuten konzipiert. Die Mitarbeiter des Zanzibar Sustainable Programme legten Wert darauf, dass die Betroffenen, die so genannte Zielgruppe eines Projekts, als Fachleute für ihre Lebenssituation angesehen wurden, d. h. das lokale Wissen wurde wertgeschätzt und stellte die Grundlage unserer Empfehlungen und Projektplanungen dar.

Zu Beginn des Projekts führten geschulte Bewohner des Stadtteils Haushaltsbefragungen, verbunden mit einer Aufklärungskampagne, durch. Dabei erhielten wir Daten für unsere Projektplanung und die Bevölkerung wurde für das Thema Müllentsorgung sensibilisiert.

Bürgerversammlungen wurden in allen Projektphasen einberufen. Während der Versammlungen wurden alle Einzelheiten der Projekte mit den Bürgern diskutiert und Lösungsansätze von den Betroffenen selber entwickelt.

Möglichst alle Gruppen der Bevölkerung sollten mit einbezogen werden. Dies gelingt nicht immer, sollte aber angestrebt werden, da die Nachhaltigkeit eines Projektes auch von der Akzeptanz aller Gruppen der Bevölkerung abhängt.

Die Bürger entschieden, eine Müllentsorgungsfirma zu gründen, zehn Arbeitslose aus dem Stadtteil als Müllsammler einzustellen und mit einem eigenen kleinen LKW den Müll auf die städtische Deponie zu transportieren. Für diese Leistungen waren die Bürger bereit, Müllgebühren zu bezahlen, ein Novum in Sansibar.

Die Stadtverwaltung unterstützte das Projekt von Beginn an mit fachlicher Hilfe. Außerdem wurde eine städtische Verordnung erlassen, die der Bürgerfirma das Müllsammeln und die Gebühreneinnahme gestattete. Der Bürgermeister setzte sich dafür ein, dass für den LKW, der aus dem Oman importiert werden musste, kein Einfuhrzoll erhoben wurde.

4 Resümee meiner Erfahrungen

Um partizipative Methoden in der Stadtplanung zu verankern, ist die Akzeptanz der Verwaltungsspitze zwingend notwendig. Stadtrat und Stadtverwaltung sollten bereit sein, Macht abzugeben und außerdem damit rechnen, dass die Bürger evtl. andere Prioritäten setzen als aus fachlicher Sicht geboten wäre. Dieser Tatsache muss man sich auch als beratender Experte stellen. Zudem sollte man sich auf z. T. zeitintensive und langwierige Prozesse einstellen, deren Vorteile dies aber aufwiegen. Partizipativ geplante und durchgeführte Projekte werden von der Bevölkerung eher akzeptiert, der Bürger identifiziert sich mit „seinem“ Projekt.

Durch eine sorgfältige Planung mit angepassten Lösungen werden Ressourcen geschont. Evaluationen ergaben, dass partizipative Projekte eher nachhaltig wirken. Möchte man Bürger beteiligen, ist es notwendig, sie gut aufzuklären, denn nur der Bürger, der Vor- und Nachteile abwägen kann, ist ein aktiver, mündiger Partner. In Stadtteilen, die erfolgreich Projekte umgesetzt haben, wurde beobachtet, dass die Menschen lernten, ihre Bedürfnisse auszudrücken und ihre Rechte einzufordern. Sie waren in der Lage, eigene Potentiale zu erkennen und Handlungsalternativen zu entwickeln. Mit anderen Worten, es setzte eine Bewusstseinsbildung und Demokratisierung ein.

Seminar: Entsorgung und Umweltschutz – Berufschancen für Rückkehrer/-innen
(vom 22.06. bis 24.06.2007)

Veranstalter: Arbeitskreis Afrikanisch-Asiatischer Akademikerinnen und Akademiker
(in der Afrikanisch-Asiatischen Studienförderung e.V. Göttingen)

Veranstaltungsort: Seminarräume, Mahatma Gandhi-Haus, Theodor-Heuss-Str. 11, Göttingen

Einführung in die Thematik – Was ist PPP?

1. Begriffsklärung

PPP ist ein neuer Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit und bedeutet: Public Private Partnership. PPP steht für die Entwicklungszusammenarbeit zwischen dem Privaten Sektor (Unternehmer, multi-nationale Konzerne) und dem Öffentlichen Sektor (Staat, Internationale Organisationen, auch NGOs, entwicklungspolitische Organisationen). Die Beteiligung des Privaten Sektors hat dabei nicht nur den privaten Profit zum Ziel, sondern den ökonomischen und sozialen Erfolg von Entwicklungsländern.

2. Woher und von wann stammt das Konzept?

Hinter PPP steht ein übergeordnetes Ziel. Es ist ein UN-Millennium-Projekt zur Erreichung der im Jahr 2000 von der UNO und OECD definierten Millennium-Entwicklungsziele (*Millennium Development Goals*). Als Instrument der Armutsbekämpfung wird dabei die stärkere Einbindung des Privaten Sektors gefordert. Seit vier Jahren hat PPP Konjunktur und wird von der UN gefördert.

Oberstes Ziel bis 2015 ist, die Armut weltweit zu halbieren. Weitere Ziele sind Grundschulausbildung, Gesundheit, die Bekämpfung von Krankheiten (z. B. AIDS und Malaria), Gleichberechtigung, Umweltschutz, Förderung von Entwicklungspartnerschaften u. a. In diesem Sinne übernimmt der Private Sektor auch soziale und ökologische Verantwortung (*corporate social responsibility*). Das ist neu an dem Konzept "PPP".

Um die Verantwortung des Privaten Sektors zu stärken und sicherzustellen, hat die UNO im Jahr 2000 den sog. *Global Compact* geschlossen (verkündet von Kofi Anan auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum 1999). Dieser *Global Compact* beinhaltet folgenden Verhaltenskodex für Unternehmen, Industrie und andere Akteure der Entwicklungszusammenarbeit: Einhaltung der Menschenrechte, Arbeitsrecht, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung u. a. Zur Einhaltung dieser Vertragskriterien verpflichten sich die Unternehmen, die eine PPP eingehen. Statt "*shareholder value*" gilt jetzt "*multistake holder value*" im PPP. Es stehen nicht Profit-, sondern Entwicklungsinteressen im Vordergrund.

Jeffrey Sachs, der Leiter des UN-Millennium-Projektes, legte im Februar 2005 einen Bericht vor, in dem er sich für ein Wirtschaftswachstum zugunsten der Armen ausspricht (*Pro-Poverty-Growth*) und dafür die Rolle des Privatsektors hervorhebt. Nachhaltiges langfristiges Wachstum sei nötig, um die Menschen von Armut zu befreien. In vielen Ländern, z. B. in Afrika, wächst die große Mehrheit der kleinen und mittelständischen Unternehmen überhaupt nicht. Gerade diese Unternehmen aber können durch PPP den Ausbau der Infrastruktur, die Wasserversorgung, Schulbildung etc. entwickeln. Dazu sind öffentliche Investitionen notwendig, die wiederum das Wachstum des privaten Sektors begünstigen.

Die drängenden sozialen und ökologischen Probleme erfordern einen Strategiewechsel, nicht nur von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, sondern auch von der Privatwirtschaft. Darum lancierte die UNO 2000 den *Global Compact*, um die Wirtschaft zu verantwortungsvoller Zusammenarbeit zu bewegen. Seit der Gründung des "*Global Compacts*" haben sich bereits über 1700 Unternehmen der Initiative angeschlossen.

3. In welchen Bereichen können Entwicklungsprojekte finanziert und durchgeführt werden?

- ▶ In Indien investiert der Konsumgüterriese HLL (Hindustan Lever Ltd.) in Frauen als Mikro-Unternehmerinnen. Die Tochtergesellschaft des engl.-niederl. Konsumgüterriesen Unilever bedient sich ebenfalls dieser Kleinstunternehmerinnen. Es dient als Marketingstrategie für den Absatz in ländlichen Gebieten.
- ▶ Die Allianz AG, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und die GTZ entwickelten in einer "Public Private Partnership" Versicherungen für existentielle Lebensrisiken für die Bewohner ländlicher Regionen in Indien. Eine solche Versicherung kostet nur 20 Euro pro Familie im Jahr.
- ▶ Der deutsche Software-Entwickler Schartner Consulting hat, gemeinsam mit einer lokalen Universität in Brasilien, Business-Software für Produktionsplanung und -steuerung entwickelt. Dazu bildet Schartner im Rahmen eines PPP-Projektes mit Unterstützung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft Fachkräfte aus.

PPP existiert derzeit in über 60 Ländern. Berufsmöglichkeiten für afrikanische und asiatische Hochschulabsolventen/-innen sind in der Planung, Durchführung und Forschungsarbeit zu PPP gegeben.

Diskussion

Herr Chowdhury (Seminarleiter) bemerkt, dass man PPP so wahrnehmen könne, als sollten bei Knappheit öffentlicher Gelder die Unternehmen soziale Verantwortung übernehmen. Nun gebe es aber diesen besonderen Bedeutungsrahmen, in den PPP gestellt sei.

Ein Teilnehmer fragt, wie man bei der Rückkehr ins Heimatland das mitgebrachte Know-how mit PPP anwenden könne.

Frau Gosalia antwortet, man müsse eine bestimmte Projektvorstellung haben und sich damit an eine passende Organisation wenden. Als Einzelperson sei es unmöglich, Projekte zu verwirklichen, aber man könne eine eigene Firma oder NGO gründen (die Kriterien dafür seien von Land zu Land unterschiedlich) oder sich an ein Ministerium wenden.

Dazu wird festgestellt, dass die negative Vorstellung in Entwicklungsländern, ausländische Firmen würden die einheimischen Arbeitskräfte ausbeuten, oft zu einseitig sei.

Ein weiterer Teilnehmer meint, die Millennium-Ziele seien relativ dehnbare Begriffe und fragt nach Kontrollinstanzen. Frau Gosalia weist darauf hin, dass alle Firmen, die eine Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen von PPP eingehen, sich gegenüber der UNO und OECD über den genannten Verhaltenskodex zur Verantwortung verpflichten. Diese Verpflichtungen sind multilateral.

Abschließend appelliert Frau Gosalia, die Idee PPP weiterzutragen und den Informantenkreis zu erweitern, da viele Unternehmen und Regierungen bisher noch nichts davon wüssten.

Seminar:	Existenzgründungsprojekte über "Public Private Partnership"-Programme (PPP) der Bundesregierung (BMZ und GTZ) – Neue Bereiche der beruflichen Reintegration afrikanischer und asiatischer Hochschulabsolventen/-innen im Heimatland (vom 11. bis 13.11.2005)
Veranstalter:	Arbeitskreis Afrikanisch-Asiatischer Akademikerinnen und Akademiker (in der Afrikanisch-Asiatischen Studienförderung e.V. Göttingen)
Veranstaltungsort:	Seminarräume, Mahatma Gandhi-Haus, Theodor-Heuss-Str. 11, Göttingen
Protokoll:	Stefanie Lücke

Public Private Partnership for Poverty Alleviation in Bangladesh

Bangladesh is a developing country of 140 million people. The country is still dependent on foreign grants and loans to a large extent. Around 5,000 Non-Government Organizations (NGOs) are working throughout Bangladesh for betterment of the common people. According to government numbers, in 2005, the percentage of the poor people of Bangladesh is 42%. But a non-government research says actually 67.5% people of Bangladesh are poor. The problem is compounded by the extreme and disturbing inequality between the rich and the poor. Some people are simply too rich, while most people are struggling for their daily meals. In the capital city Dhaka there is high demand for BMW cars, and in the same city thousands of people are homeless, sleeping in the streets.

However, the government, non-government organizations, and the people of Bangladesh are working hard to combat poverty.

We are fighting against poverty and all other odds mainly with two tools: a) the Government machinery, and, b) Non government organizations run by funds from donors. The task is not only big, it is huge. The population in the country is increasing day by day. There is, of course, a limit to government and donor funds. In recent years the government has been trying to pull out from losing businesses. Adamji Jute Mill - one of the largest Jute processing factories in Asia, was closed down by the present government. In the same process, some other factories have also been disinvested. Recently, some major international organizations have been hinting that they will not continue further funding, or will limit it to only a few projects. So, the scenario is very clear. To combat poverty and other issue, the resources are narrowing down. One can say, if this policy continues, within ten years, Bangladesh will face a big problem in combating poverty and dealing with other important issues like, AIDS, clean water, Arsenic, environment, IT, Micro credit, primary education, infrastructure, and so many other things. To address all these issues we need adequate and timely funds, the flows of which within the country is very limited. The tax payment is very low (tax evasion being high), industrial production is not enough, export is also low except for readymade garments. The two major sources of finance is readymade garments export and remittances of expatriate Bangladeshi. There are also some other sources, but not that significant in such an import-oriented country. The foreign currency is going out. The Government is still the main actor in the development and welfare activities. For these it could earn more than it does, but it has failed due to corruption and inefficiency.

Corruption is one of the biggest obstacles to development in Bangladesh. Many wings of the government are afflicted by this disease. And, as everyone can understand, the trend then trickles down to the lowest ranks of government officers. At the same time, the present government should be thanked for recently establishing an "Independent Anti Corruption Commission" to investigate corruption in Bangladesh. But unfortunately, the Commission has not been able to function properly till now. But we are optimistic, as we in Bangladesh always are about everything else, that this Commission will also work as desired.

As I mentioned earlier, the resources of the government and that contributed by the international development partners are limited. The world scenario is changing rapidly and the policy and priority of international organizations are changing. So we also have to find alternative ways of funding our developmental initiatives.

A good alternative is "Public Private Partnership". Even a few years ago, the public sector was the only sector of any consequence in our country. Most of the large-scale commercial and development activities were dependent on the public sector. The private sector, of course, did exist, but was very small. The reason behind this was government policy. In 1971, after the Liberation War of Bangladesh, the then government was tilted towards a socialist policy. All major industries were nationalized. The private sector was not encouraged. After the change in 1975 the new government changed the previous policy and the private sector began developing slowly. In 1990 a democratic government was elected to power. For the sake of truth, I must say that, although we became independent in 1971, the country has meaningfully started going



links: Muhammad Jahangir (Auslandsreferent/Indien),
rechts: Sujit Chowdhury, Dipl.-Volkswirt (Seminarleiter)

forward from 1991. So, it's been only fifteen years. Not a long time, when you think of it, in the vast landscape of history. In this short time our private sectors have developed a bit. Sectors like mobile phones, real state, readymade garments export, local readymade garments, transport, private airlines, and consumer goods are thriving in the country. In this short time the amount of foreign investment has also been encouraging, especially in the natural gas sector. For our comparatively cheap labor cost and gas, some countries are showing interest in establishing industries in Bangladesh. India is one of them. Recently the famous TATA Group of India has declared its plans to establish a few industries in Bangladesh. A dialogue is going on on this between the government and the TATA group.

So, as we can see, the progress of the private sector is encouraging. But all these are individually owned or corporate businesses. Their main target is to make profits. Bangladesh is a developing country. We have to go a long way. We have to address many important issues for our existence. For example only 45% of our people are literate. Many important issues are there to address. So, this is the time to organize a Public Private Partnership for poverty alleviation.

NGO and Government

First, let's see what the scopes for NGO and government partnership are. In Bangladesh, NGOs constitute a big sector. Though they are almost fully donor-dependent, NGOs are working throughout Bangladesh. There are different types of NGOs - big, medium and small. We will discuss only big NGOs here. They have big implementation programs. They have tested their methods for a long time, and have developed strong expertise in delivering their service. Their quality of work and service is often better than similar government programs.

The Government can take the help of big NGOs in selected areas, like non-formal education, micro credit, primary health care etc. They can complement each other in a lot of areas. Both have their own strengths, and there are things that each can do better than the other. The government has money but, sometimes, not the expertise, whereas NGOs may have the expertise but have to ask for money from donors. To complement each other's strengths, the government can actually implement many programs through NGOs. Only the appropriate government policy is needed for this. But for this partnership to take shape, the pre-condition is that the government has to appreciate the NGOs and their work culture. In Bangladesh, the government sometimes hesitates to appreciate or recognize NGO activities. It's needless to say that without respect for each other, no partnership can develop.

There is another obstacle to this proposed partnership. Our government machinery is highly politicized. The government appointees, and civil servants who are supposed to be neutral, often think more of their party of allegiance than of the country itself. Their first priority becomes helping the party supporters, favoring them whenever they can. This, of course, is an alien practice to the NGOs. NGO's work with the common people. They operate by the policies of their programs, and try to maintain the quality of work and service. Usually corruption and favoritism are not allowed. There may be some exceptions, but in general it is not seen in the NGO sector.

There *are* big scopes for government-NGO partnership. In the development sector, as everyone can understand, there are a lot of activities that the government and NGOs can do together. It only needs, I reiterate, the right government policy. Everything else is there.

International organizations and development partners can do a favor to the poor people of Bangladesh. They can motivate the government to change its policy on NGO-government partnership, under some conditions. The conditions are important because our government machinery has many weaknesses. In the name of partnership, the NGOs may be afflicted by

these weaknesses. We may lose the efficiency and quality work of NGOs involved with the government. So, we have to be very careful with this partnership.

Public Sector Private Sector Partnership

Beside NGOs, the other fast-growing sector in the country is the private corporate sector. Our private sector now consists of companies founded by Bangladeshi businessmen, joint ventures, Multi-national Companies (MNCs,) and other foreign companies. All are working in Bangladesh in their own way. This private sector exists, of course, mainly to make profits. Now maybe it is high time for the private sector to do something for the society and the country. The private sector will say: "We are doing a lot for the society and the country by providing employment." It is a good answer and not untrue. The private sector knows it very well that our country is poor. We have so many problems that Government and NGO efforts are not enough to address them. There should be some change in the mindset of those who run the private sector. Big local companies, MNCs, and Foreign Companies should come forward to fund development projects or to start some humanitarian projects by themselves.

There are several chambers of commerce in the country. The chambers can play a vital role in this regard. I can propose one. Business chambers can develop a foundation for grants. They can collect money annually from their members, create this fund, and become a development partner to the government and the NGOs. Like a foreign donor they can also consider project proposals and allocate funds for implementing programs on poverty reduction, education, health, environment etc. The Foundation will have a separate office and staff. Normal chamber functions will not hamper its activities. I don't see any big problem in implementing this idea. Big national or international companies can, independently, also support several development programs. One company may support health care centers or primary schools in the villages, and so on. Big local and international banks can contribute to micro credit programs. Recently, the City Group has taken a very good step. It is supporting Grameen Bank's special loan program for beggars. As Grameen Bank is providing the loan to beggars without interest, it would have been difficult to sustain it in the long run. So City Bank came forward to support the program. It's a very good example of partnership between two sectors.

There is another example - that of Unilever. Last year it established a Foundation to support development activities. The foundation is providing skills training to poor women to increase their earnings. So, the good examples are their. Now, other big companies need to follow it or do something even better.

As we can see, there is huge scope for public private partnership. But for that to happen, our government has to change its mindset. The mentality of the government is to do everything by itself. It's even involved in businesses where it would rather be regulator than participant. Policies change at the pace of the snail. The government has to assure the private sector that it is not their competitor, but *their facilitator*. I believe the private sector will come forward for more development activities if the government let it flourish well, removing the constraints put by it.

Right now, there is immense distrust between the two sectors. The government should encourage the private sector to contribute time, efforts, and resources to development activities. Recently, a medical college and a world class medical hospital have been built in a remote village of Bangladesh. We do not have such medical facilities even in the capital city. The possibility that the hospital will actually break even, let alone have a positive return on investment, is very slim. The roads from Dhaka and other districts to the hospital are very poor. The government can come forward here and build the connecting roads, let it function profitably and set a good example of public private partnership.

Power is a very important sector. There is a big gap in the demand and supply of power. Almost 70% of the area of Bangladesh is deprived of power. It is a big obstacle to our development. If there is a positive policy from the government, the private sector and international companies will come forward to set up power plants. But the government has to play a role to distribute power to the rural areas. It can do it with low cost because it already has the infrastructure in place.

Governments should be cooperative in all aspects. If governments introduce pro-private sector policies and commitment, I believe many private companies will come forward to build schools, colleges, hospitals, health centers, IT training institutes, specialized banks, small power stations, solar power centers in rural areas, poultry farms, small and cottage industries and many more. Government would provide the infrastructure like big bridges, road communication, development of the railway, public transport service in big towns, port management, civil aviation etc. These are also very important tasks for development.

Role of the Media

Public private partnership is not a new idea. It has always been there, without people paying much attention to it. Today, in a new context, we have to put this idea in a positive way and as something that can help in mainstream development efforts. The concept of the NGOs was also an old idea but we put it in a new format. In the last 20 years the NGOs have become a very positive force in our development. We have to put another "P" in the concept of 'Public Private Partnership' and that "P" stands for "public support". Here, the media can play a vital role in changing the mindset of the government and private sector. In Bangladesh, both the print and electronic media are very powerful and popular. If they take the initiative to popularize this PPP concept, then I'm confident that it can achieve success. If the media do not take the initiative on their own, other media agencies, like media NGOs, can come forward to organize a campaign for PPP. International organizations in favour of PPP may provide fund for these campaigns.

There could be a series of seminars on this issue. Researches have to be taken up. Special talk-shows can highlight the issue. Success stories of PPP can be shown on TV. But, this campaign has to be carried out with well-thought-out plan. A properly planned media campaign can convince the private sector of its responsibility in a poor country like ours. At the same time, it will remind the government of its possible role in helping the private sector help our country.

Bright future in the Media Sector

In Bangladesh, the media sector is expanding rapidly, especially the electronic media. Within the next six months more three satellite TV channels are launching. For the first time three private FM Radio stations are going to start within three months. More satellite TV Channels are in queue. So, there will be a great job opportunity in electronic media the near future. For print media we have departments in three Universities, one in service training. But there is very limited scope for providing training for electronic media. On one sight, there is a big scope for job opportunities in electronic media, and on the other, there is a scope for a well equipped training institute for electronic media. Germany and some other European Countries are well experienced in electronic media. There is a possibility for a PPP project for a training institute for electronic media. Development partners can come forward for technical support for such an institute in Bangladesh.

Role of Non-Resident Bangladeshi

In this context the role of Non-resident Bangladeshi is also very important. I would specially want to address those serving in high positions of business, government or academia in different countries. Most of them would love to do something for their motherland, but cannot find any way except to send money to their relatives (which, by the way, is and will always be their primary responsibility, without any doubt). Some try to contribute by helping a school in their village. But then again, Bangladesh is bigger than a village, and the resources of the Non-resident Bangladeshi, if channelled in the proper way, can make a profound impact on the country. They can organize a forum dedicated to the development of Bangladesh. This forum will not do anything else except provide financial resources and expertise for Bangladesh. One can ask: Where will this money go? A very important question indeed! I don't want to address this question in my article, because it itself is a big topic for discussion. But, finding a good answer is not that difficult. There *are* many things to be done in Bangladesh. You just have to have the desire to contribute. Recently a friend of mine contacted me from Holland. They have organized a "Bangladesh Support Group" and pooled some funds. My friend asked me what they can do with this small amount of money. I gave some humble suggestions. So, the trend has already started. We just have to encourage and help it.

It is high time for Public Private Partnership!



v. l. n. r.:

Daud Alam, Dipl.-oec. (Referent), Dr. Sushila Gosalia (Referentin),
Dr. Ahmadudin Wais, Sujit Chowdhury, Dipl.-Volkswirt (Seminarleiter),
Muhammad Jahangir, (Auslandsreferent/Indien)

Diskussion

Eine Teilnehmerin befürchtet, das Entwicklungsengagement könne die Prioritäten verschleiern. Wenn beispielsweise eine Konsumunterstützung durch die Bereitstellung von Mobiltelefonen stattfände, könne dies die Definition von Armut relativieren. Herr Jahangir antwortet, die Reduzierung von Armut bedeute die Erfüllung von *basic needs*, keine Beeinflussung des Lebensstandards darüber hinaus. Nur Mitglieder der Grameen Bank hätten Mobiltelefone, die dieses als *business tool* benutzen.

Ein anderer Teilnehmer sieht eine Abhängigkeit des Entwicklungslandes vom Geberland, wenn Private für ihren Profit arbeiten.

Die Frage kommt auf, wer innerhalb eines PPP-Projektes die Prioritäten setzt. Der Referent antwortet, es sei universell akzeptiert, was *basic needs* seien. Vor einem Projekt würden die NGOs Dorfbewohner zu dem, was nötig sei, befragen. Kommentiert wird diese Antwort mit der Feststellung, manche Dinge müssten global definiert, manche aber von Dorf zu Dorf entschieden werden.

Ein weiterer Teilnehmer weist daraufhin, dass der Einsatz von NGOs auch zu Konkurrenz untereinander führen könne. Zum Beispiel gäbe es Familien, die Gelder von vier bis fünf verschiedenen NGOs bezögen, um die Schulden bei einer jeweils anderen NGO zu begleichen. Damit befänden sich die Menschen in einem unauflöselichen Schuldenkreis.

Es wird gefragt, welche Rolle *arsenic* in PPP spiele. (Arsenic bezeichnet das Problem der starken Gewässerverschmutzung in Bangladesh; 59 von 64 Distrikte sind bereits verseucht. Die chemische Behandlung ist nicht mehr kostenlos, und mangels ausreichender Bildung unter der Bevölkerung wird kaum sauberes Trinkwasser benutzt.)

Herr Jahangir antwortet, diesbezüglich könnten von PPP Initiative ausgehen, da der Öffentliche Sektor sich solcher Probleme nicht immer bewusst sei. Der Fragesteller befürchtet, die Umwelt als langfristiges Problem werde von den Prioritäten von PPP nicht erfasst. Aktuelle Armutsreduzierung stünde vor der

nachhaltigen Behebung langfristiger Umweltprobleme. Niemand stünde für eine ganzheitliche, andere Wurzeln anpackende Lösung des Problems. Wie seien PPP und das Kyoto Protokoll vereinbar?

Der Referent meint, dies sei abhängig von Land zu Land. Das beschränkt verfügbare Geld werde zuerst für die Armutsbekämpfung ausgegeben. Das sei auch das Recht der Regierungen und Organisationen. Ihre Geldpolitik sei abhängig von ihren eigenen Prioritäten und könne nicht von außen beeinflusst werden. Für Umweltprojekte müsse man sich die entsprechenden Organisationen suchen.

Eine Teilnehmerin meint, oft würden die Projekte von den Gebern diktiert. Darüber hinaus könnten Länder, die nicht viel zur Umweltverschmutzung beitragen, wie z. B. Indien, Bangladesh, Afghanistan, ihre dafür erhaltenen Kyoto-Credits verkaufen und das Geld in Entwicklung einsetzen. Dies trage indirekt zur Entwicklung bei.

Die Diskussion bleibt eine Weile bei der Art der Entwicklungsprojekte. Der Referent meint, man dürfe die Geber nicht generalisieren. Die Grameen Bank habe mit der Einführung des Internet durchaus Erfolge bei der ländlichen Bevölkerung erzielt.

Komentiert wird dieses Beispiel mit dem Einwurf, Technologien für die kleinen Leute bereitzustellen löse nicht das Problem, da sie nicht viel damit anfangen könnten. Wirkliche Bildung werde damit nicht erreicht, sondern die Projekte blieben nur an der Oberfläche. Die Leute wollten nur modern sein, würden aber die Ressourcen nicht wirklich in Bildung umsetzen.

Ein Teilnehmer betont, Priorität Nr. 1 müsse der Zugang zu Trinkwasser sein. Es müsse die Möglichkeit geben, in einer bestimmten Region spezifische Prioritäten zu setzen und Probleme an der Wurzel zu bekämpfen.

Zum Thema Technologie bemerkt ein weiterer Teilnehmer, die Ansicht, die Dritte Welt sei unfähig zur Auseinandersetzung mit westlichen Technologien sei überzogen. Technolo-

gie nicht weiterzuvermitteln verhindere Entwicklung. Auch in Dörfern werde sie durchaus gebraucht. Auch Frau Gosalia meint, Entwicklungszusammenarbeit solle nicht bei der Befriedigung von *basic needs* aufhören. Man stellt fest, dass Computer und Mobiltelefone nicht nur Luxusgüter sind, sondern zum Einkommen von Familien beitragen, die Kommunikation fördern und das Produktmarketing unterstützen.

Die Divergenz von *global* und *local priorities* wird als Problem gesehen.

Herr Jahangir weist zurück auf das Hauptthema des Seminars und fragt die Teilnehmer nach ihren Umsetzungsideen von PPP in den jeweiligen Heimatländern.

Ein Vorschlag ist, jedes Land müsse sich auf seine eigenen Ressourcen beziehen und das Beste daraus machen. Man dürfe nicht immer die Schuld daran, dass sich nichts bewegt, auf andere schieben, sondern sich an eigene Standards erinnern und mithilfe von PPP eigene Möglichkeiten schaffen. *Help ourselves* sei die Devise.

Weiterhin wird darauf verwiesen, dass Korruption PPP-Projekte blockieren kann. Der Teilnehmer fragt nach Gegenmaßnahmen aus Bangladesh und ob diese in andere Länder übertragbar seien.

Herr Jahangir antwortet, in Bangladesh gebe es derzeit eine Antikorruptions-Kommission, die allerdings personalpolitisch fehlbesetzt sei. Der Erfolg einer solchen Strategie sei immer abhängig von der Landesregierung.

Dazu appelliert Herr Chowdhury (Seminarleiter) zum Nachdenken über scheinbare Modewörter wie *good governance*. Man müsse dafür sorgen, daß Rechtsstaatlichkeit in allen Ländern durchgesetzt werde und müsse, die demokratischen Voraussetzungen für Entwicklung schaffen.

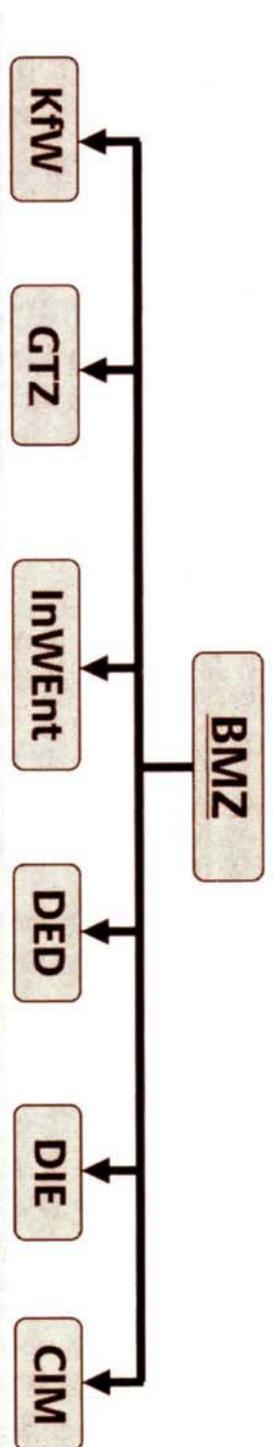
Die Anmerkung eines Teilnehmers, PPP habe noch nicht den Bildungsbereich durchdrungen, das nötige Wissen darüber fehle noch, beantwortet der Referent mit dem Hinweis, dass beispielsweise die Universitäten an dieser Stelle aktiv werden und entsprechend Lehrende einladen müssten, so dass die akademischen Strukturen diversifiziert werden. Die Ausbildungskultur müsse sich dahingehend ändern, dass Wissen verbreitet wird.

Ein Teilnehmer stellt die Frage, welche Partei in PPP die führende sei – die private oder die staatliche – und ob es Erfahrungsberichte diesbezüglich gebe. Frau Gosalia antwortet, der jeweilige Projektinitiator sei die treibende Kraft, aber Regeln dazu gebe es nicht. Erfahrungsberichte seien bisher nur individuell verfügbar.

Abschließend wird über die Rolle der Medien gesprochen. Es wird die Frage diskutiert, ob Medienkritik dazu beitragen kann, Entwicklungsprojekte zu fördern. Dies ist aber nicht zu klären.

Die letzte Frage bezieht sich darauf, ob für Projekte externe technische Unterstützung bzw. Monitoring oder Supervision eingefordert werden kann. Dies kann dem Referenten zufolge, individuell vorgesehen werden.

Seminar:	Existenzgründungsprojekte über "Public Private Partnership"-Programme (PPP) der Bundesregierung (BMZ und GTZ) – Neue Bereiche der beruflichen Reintegration afrikanischer und asiatischer Hochschulabsolventen/-innen im Heimatland (vom 11. bis 13.11.2005)
Veranstalter:	Arbeitskreis Afrikanisch-Asiatischer Akademikerinnen und Akademiker (in der Afrikanisch-Asiatischen Studienförderung e.V. Göttingen)
Veranstaltungsort:	Seminarräume, Mahatma Gandhi-Haus, Theodor-Heuss-Str. 11, Göttingen



Organisationsform	Anstalt des öffentlichen Rechts Entwicklungsbank	Gemeinnützige GmbH; 100% Bundesbeteiligung	Gemeinnützige GmbH	Gemeinnützige GmbH; 95% Bundesbeteiligung	Gemeinnützige GmbH	Arbeitsgemeinschaft der GTZ u. ZAV
Rechtliche Form der Mittelvergabe	Projektförderung (Finanzielle Zusammenarbeit)	Projektförderung (Technische Zusammenarbeit)	Projekt- und institutionelle Zuwendungen	Projekt- und institutionelle Zuwendungen	Institutionelle Zuwendungen	Zuwendungen als Programmförderung
Sicherungsmechanismus des BMZ	Bundesministerin Mitglied des Verwaltungsrats. Mittelvergabe in Form von Einzelaufträgen auf der Grundlage von Projektprüfungsberichten.	Staatssekretär Vorsitzender des Aufsichtsrats. Mittelvergabe in Form von Einzelaufträgen auf der Grundlage von Projektangeboten.	Staatssekretär ist Vorsitzender des Aufsichtsrats. Referatsabteilung 111 ist Mitglied der Geschäftsversammlung; im beratenden Kuratorium wirkt das BMZ auf Unterabteilungsebene mit.	Staatssekretär und Abteilungsleiter sind Mitglied des Verwaltungsrates; Zuwendungsbeihilfung.	BMZ als Hauptgesellschaftlicher und Steuerer durch Kuratorium des DIE, Vorsitzende PSt's'in.	Integrierte Fachkräfte
Höhe der BMZ-Mittel in € absolut (in % ihres Etats)	1.233 Mio. € (70 Prozent)	636,9 Mio. € (75 Prozent)	101,925 Mio. € (73 Prozent)	86,4 Mio. € (100 Prozent)	3,476 Mio. € (100 Prozent)	50,529 Mio. € (100 Prozent)

Erläuterungen zum Organigramm

Das BMZ bedient sich zur Durchführung seiner entwicklungspolitischen Vorhaben verschiedener, rechtlich eigenständiger Durchführungsorganisationen. In dieser Grafik werden die Arbeitsbeziehungen des BMZ zu den wesentlichen staatlichen Durchführungsorganisationen dargestellt, die in der Ägide des BMZ liegen.